Einzelpreis 2.— Mk.

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76,— M., für das übrige Ausland 94,— M.

Sonntag, den 11. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 241

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Marxismus, Sozialismus und Stumpfsinn

Von Professor C. Ballod.

Der „Vorwärts“ hat meine Forderungen nach einem Programm für eine Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien mit einer Reihe von Invektiven beantwortet, die sich in die Worte zusammenfassen lassen: „Und willst du nicht mein Sklave sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“ Denn nichts anderes, als die Forderung sklavischer Unterwerfung unter stumpfsinnigen Dilettantismus ist es, wenn der „Vorwärts“ mit heuchlerischer Empörung sich gegen die Zumutung wehrt, Experimente im Interesse des Sozialismus und der Probleme der Sozialisierung vorzunehmen. Man dürfe nicht durch Experimente großen Stils das letzte bißchen Lebensglück, das den Arbeitern verblieben, aufs Spiel setzen. Was also dürfen denn Arbeiter tun? Sie dürfen nach dem „Vorwärts“ planmäßige sozialistische Aufbauarbeit tun, aber ja keine professorale Experimentiererei zulassen. Die Volkswirtschaft sei kein Frosch, der unbedenklich den Gelehrten überlassen werden könnte, damit sie mit ihm ihre Experimente machten.

Konsequenterweise müßte man nun erwarten, daß der „Vorwärts“ alle Arbeiterbestrebungen zur Besserung ihrer Lage herunterreißen wird. Das wagt er nun allerdings nicht, sondern redet vom richtig verstandenen Marxismus, der praktisch im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten arbeite, und er fügt die Behauptung hinzu: „In den Einzelstaaten finden alle gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen die Hand und Fuß haben und den Massen des arbeitenden Volkes nützen, unsere Unterstützung.“ Der „Vorwärts“ vermeidet es aber, auf die Fragen zu antworten, die ich gestellt habe, nämlich, ob auch nur eine einzige landwirtschaftliche Versuchswirtschaft eingerichtet, ein einziges Kohlen- oder Eisenwerk verstaatlicht sei. Genauer gesprochen: er denunziert diese meine Forderungen dem deutschen Arbeiter als einen Versuch, ihn um das letzte bißchen Lebensglück zu bringen, das er noch besitze. Also liegen die Dinge so: Die Feststellung, ob eine Besserung der Lage der deutschen Arbeiter möglich ist, darf nicht gemacht werden, denn es könnten dadurch ein paar Goldpfennige auf den Kopf des Arbeiters verexperimentiert werden. Es darf auch kein Kohlenwerk verstaatlicht werden, denn möglicherweise könnte durch Schlamperei der Regierenden eine derartige Leitung eingesetzt werden, daß wiederum einige Goldpfennige auf den Kopf des deutschen Arbeiters zugesetzt werden müssen. Heilig, heilig, dreimal heilig ist das private Unternehmertum, das aufs sorgfältigste dafür sorgt, daß die Arbeiter ja nichts über die Höhe des von ihm eingeheimsten Mehrwertes erfahren.

Zur Belehrung des „Vorwärts“: Vor nahezu einem halben Jahrhundert hat ein bürgerlich feudaler Staatsmann in Preußen, namens Bismarck, die Verstaatlichung der Eisenbahnen durchgesetzt. Das war doch wohl ein Experiment größten Stiles, denn es kostete Milliarden von Goldmark. Es gelang über alle Maßen, brachte dem Staate hunderte Millionen Goldmark täglich ein. Ich hätte mich schon gefreut, wenn der „Vorwärts“ Experimente in Höhe von 1 bis 2 Prozent des Bismarckschen Experiments zugestimmt hätte. Denn schon solche Experimente würden für die gesamte soziale Frage die wichtigsten Aufklärungsmöglichkeiten bieten. Mißlingen bzw. erhebliche Zuschüsse erfordern, könnten solche Experimente nur, wenn nicht wirkliche Sachverständige, sondern Trottel an die Spitze gestellt würden. Das Mißlingen des einen oder anderen Experimentes würde noch nicht die Arbeiterinteressen schädigen, das Gelingen sie aber außerordentlich fördern. Werden denn heute keine gemeinwirtschaftlichen Experimente auf Kosten der Allgemeinheit, also auch der Arbeiter, gemacht? In Sachsen allein sind meines Wissens 1921 von Staat und Gemeinden 420 Millionen Mark Zuschuß für Wohnhausneubauten geleistet worden. Diese Zuschüsse können nur als eine Verzettelung von Arbeiterschweiß angesehen werden. Denn die zerstreuten Neubauten mußten naturgemäß teuer sein. Ein großzügiges und dabei rationelles, billiges, praktisches Experiment wäre es gewesen, wenn man für die Hälfte dieser Summe auf dem früheren Militärübungsgelände, 25 Kilometer nördlich von Dresden, eine Garten-, bzw. Ackerstadt angelegt hätte, denn der Bau würde außerordentlich billig sein, wenn z. B. die nötigen Kalksandziegel an Ort und Stelle produziert, überhaupt die ganze Anlage unter Vermeidung von überflüssigen Baumaterialien-Transportkosten ausgeführt würde. Die notwendigen Nahrungsmittel hätten an Ort und Stelle auf dem früheren Truppenübungsplatz billigst produziert werden können, sobald man zwecks Entlastung der überdüngten Dresdener Rieselfelder eine Rohrleitung mit Dresdener Rieselwasser nach dem neuen Siedelungsgelände hinausverlegt hätte. — Der „Vorwärts“ würde sich ein Verdienst um seine Leser erwerben, wenn er die konkrete Frage beantworten würde, welche gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen denn seine Unterstützung gefunden haben. Es ist sonst wirklich nur eine hahnebüchene Behauptung, daß der Sieg der USPD. bei den Reichstagswahlen 1920 den Sozialisierungsbestrebungen das Rückgrat gebrochen hätte. Bisher haben alle logisch denkenden Leute geglaubt, daß eine Einigung der sozialistischen Parteien nach den Reichstagswahlen 1920 nicht zustande kam, weil die SPD. für Sozialisierungsbestrebungen nicht zu haben war, da sie fürchtete, die bürgerlichen Parteien, mit denen sie zusammenging, auch nur die geringste Konzession in Sozialisierungsfragen zuzumuten. Der große Sieg der USPD. hatte doch gerade zu deutlich gezeigt, daß die deutschen Arbeiter sich derjenigen Richtung zuwandten, von der sie eine energische Befürwortung der Sozialisierung erwarteten. Nun, die USPD. hat durch das Dazwischentreten Moskaus außerordentlich gelitten. Die SPD. hätte sicher alles erreicht, wenn sie in energischer Weise die Sozialisierungsforderungen aufgenommen hätte. Das hat sie nicht getan. Wenn sie, oder vielmehr ihre jetzigen Führer, in der bisherigen hochmütigen Weise Sozialisierungsforderungen abkanzeln, nur, wie einer ihrer eigenen Vertreter klagt, solche Sachverständigen, solche Wissenschaftler gelten läßt, die sich gegen den Sozialismus wenden, so wird auch sie dem Prophetenwort nicht entgehen: Gezählt, gewogen, zu leicht befunden!

Die Polemik gegen „sozialistische Experimente“ ist weder Marxismus, noch Sozialismus, ist einfach Stumpfsinn. Mit demselben Rechte, mit derselben Logik, müßte man den Bau eines jeden neuen Hauses, einer jeden neuen Fabrik, einer jeden neuen Eisenbahnlinie bekämpfen. Ich betone es noch einmal, die Begründung der Sozialisierungskommission an sich ist der beste Beweis dafür, daß kein logisch denkender Theoretiker oder Praktiker (denn die Sozialisierungskommission zählt auch eine ganze Anzahl von Praktikern aus Arbeiterkreisen) den Marxismus in der stumpfsinnig mechanischen Weise aufgefaßt hat, wie dies die Redaktion des „Vorwärts“ noch heute tut.

Rachejustiz der Bolschewiki

Stürmischer Prozeßbeginn in Moskau

Wir berichteten bereits gestern, daß die Bolschewiki den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre von vornherein als ein großes politisches Ablenkungsmanöver von ihrem kapitalistischen Regierungskurs aufziehen. Die neueren Meldungen bestätigen diese Auffassung noch mehr. Die „Iswestia“ meldet z. B., daß „sich die Gerichtsverhandlungen **recht stürmisch** zugestalten scheinen. — Allem Anscheine nach ist der gesamte Sowjetapparat aufgeboten, um im Lande die notwendige „fieberhafte Erregung“ zur Unterstützung des Gerichts mit allen propagandistischen Mitteln zu erzeugen. Unter diesen Umständen ist natürlich an eine objektive Gerichtsverhandlung gar nicht zu denken, so daß die Verteidiger bereits den Abbruch der weiteren Teilnahme an den Verhandlungen ankündigten.

Und das alles nennen die Bolschewiki „revolutionäre Gerichtsbarkeit“! —

(OE.) **(Funkspruch.) Moskau**, 10. Juni

In der Abendsitzung des ersten Prozeßtages (8. Juni) wurden von Seiten der Anklage als auch seitens der Verteidigung Anträge auf Ladung neuer Zeugen gestellt. Als Zeugen wurden die Kommunisten **Frossard (Frkr.)** und **Smeral (Tschech.)** vernommen, um über die Rolle der Entente auszusagen, mit welcher die Sozialrevolutionäre im Kampfe gegen die Sowjetregierung Beziehungen unterhalten haben sollen. **Lunatscharski** erschien um Vernehmung **Aljutschnikows**, der früher Minister der Koltschak-Regierung gewesen ist und jetzt als Führer der sowjetfreundlichen Richtung in der russischen Emigration hervortritt. **Aljutschnikow**, der eben in Moskau weilt, soll über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre in Sibirien aussagen. **Da die prozessualen Forderungen der Angeklagten vom Gericht nicht erfüllt wurden, sahen sich die Verteidiger zu der Erklärung veranlaßt, daß sie unter Umständen genötigt sein würden, auf eine weitere Beteiligung am Prozeß zu verzichten.**

Der zweite Verhandlungstag verlief **anfangs stürmisch**. Das Gericht ging **über die Beweisanträge der Angeklagten und ihrer Verteidiger zur Tagesordnung** über und beschloß die Verlesung der Anklageschrift, die durch **Zwischenrufe von Goz und anderen Angeklagten** unterbrochen wurde. Das Gericht beschloß, auf Antrag der Angeklagten, die Sitzung durch eine Pause zu unterbrechen. — Der sowjetamtliche Bericht sagt darüber, eine Gruppe von Angeklagten sei bestrebt, den Prozeß zum Scheitern zu bringen, oder doch den ruhigen Verlauf der Verhandlungen zu verhindern, und zwar durch **neue Anträge der Verteidiger auf Hinzuziehung weiterer Zeugen und Verteidiger**. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde dem **Verteidiger Rosenfeld** außer der Reihe das Wort erteilt, der erklärte, daß die Angeklagten zwar ihre **Rechte als verletzt betrachten**, die Weiterführung des Prozesses jedoch **nicht zu verhindern beabsichtigen**. Der Vorsitzende entgegnete, die Rechte der Angeklagten seien von keiner Seite beeinträchtigt worden, man sei vielmehr von den geltenden Gesetzen abgewichen, um diese Rechte voll zu wahren. Der Rest der Sitzung wurde durch Verlesung der umfangreichen Anklageschrift in Anspruch genommen.

In der **Anklageschrift** wird einer Reihe von Führern und Mitgliedern der Sozialrevolutionären Partei, die sich **durch ihren zähen Kampf gegen den Zarismus einen großen Namen bei dem internationalen Proletariat erworben haben und sich jetzt seit Jahren in sowjetrussischen Gefängnissen befinden**, folgendes zur Last gelegt: Sie sollen **bewaffnete** Aufstände gegen die Sowjetregierung vorbereitet und organisiert, besondere Kampfgruppen dazu geschaffen und zu diesem Zweck mit anderen gegenrevolutionären Organisationen Verbindungen unterhalten haben, wie denen der Generale Krasnow, Alexejew und Denikin in Südrußland und mit der „Regierung der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung“ in Ufa und Sibirien. Sie werden ferner beschuldigt, mit den Führern des internationalen Kapitals und der Ententestaaten in Verbindung gestanden zu haben, während diese sich im Kriegszustande mit der russischen Sowjetregierung befanden. Endlich sollen die Angeklagten terroristische Akte gegen die höchsten Träger der Sowjetregierung und Expropriationen von sowjetistischen Regierungsgeldern organisiert haben.

Demgegenüber erklärt die **Verteidigung, daß der Prozeß überhaupt keinen Akt der Justiz, sondern einen Racheakt der kommunistischen Partei darstelle, die augenblicklich gegen den Volkswillen unbegrenzt und unkontrollierbar über Rußland herrsche und im gemäßigten Sozialismus und seinen Vertretern, den Sozialrevolutionären, ihre gefährlichsten ideellen Gegner erblicke.** Prozessual vertritt die Verteidigung den Standpunkt, daß erstens **alle in der Anklageschrift angeführten Beschuldigungen durch die politische Amnestie vom 27. Februar 1919 (!!) überholt seien; zweitens das** ganze Anklagematerial sich auf angebliche Behauptungen zweier **Lockspitzel Ssemjonow Wassiljew und seiner Braut Konopljewa** stütze, die **vom Standpunkte einer geregelten Justiz überhaupt nicht glaubwürdig seien; und drittens, daß eine ganze Reihe prozessualer Rechtsverstöße vorgekommen sei, und die Moskauer Justiz überhaupt keine Garantie eines gerechten und unparteiischen Urteils biete.**

Sämtliche Angeklagten, die sich augenblicklich in dem Moskauer Lefort-Gefängnis befinden, sind **noch kurz vor dem Prozeß in den Hungerstreik getreten, um gegen eine Reihe von Maßnahmen zu protestieren, die sie an der Vorbereitung zu ihrer Verteidigung verhinderten.**

Oesterreichs Verzweiflung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Wien, 10. Juni

Im Kreisarbeiterrat hielt heute Genosse Dr. Otto Bauer eine Rede über die **Wirtschaftslage Deutsch-Oesterreichs**, die sich in den letzten Tagen durch die rasende Entwertung der Krone äußerst drohend gestaltet hat. Bauer erklärte: Wenn die gegenwärtigen Kreditverhandlungen mit dem Engländer Young abermals ergebnislos bleiben sollten, dann müsse die Republik eine andere Anleihepolitik machen. Man müsse dann an Deutschland herantreten mit dem Vorschlage, etwa acht Milliarden Mark zur Fundierung der österreichischen Währung zu leihen. Auf Grund dieses Fonds könnte die Bewegung der Krone in Zusammenhang mit der Bewegung der Mark gebracht werden. Ueberdies wäre eine Anleihe von acht Milliarden notwendig, um den österreichischen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und den Banknotendruck zu stoppen. Die jetzige **schwere Wirtschaftskrise offenbare nur die Lebensunfähigkeit des Staates Deutsch-Oesterreich** und lasse ihm nur die Entscheidung: **entweder große Ententekredite oder enge wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland.** Wenn die Kreditverhandlungen ergebnislos bleiben sollten, dann müsse mit gewaltiger Kraft **für den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland** gekämpft werden.

Nationalistischer Pöbel

Aus der bayerischen „Ordnungszelle".

Das christlich-völkische Hetzblatt des Pastors Maurenbrecher bringt unter der bezeichnenden Ueberschrift: Bayerischer Gruß an Herrn Ebert folgende Meldung aus München:

Die vaterländischen Vereine und Verbände in München veröffentlichen in der „München-Augsburger Abendzeitung" einen an den Herrn Reichspräsidenten Ebert gerichteten offenen Brief folgenden Inhalts:

Herr Präsident! Sie haben es für richtig befunden, einer Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten, **die sicher gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ergangen ist, zum Besuch der Deutschen Gewerbeschau in München Folge zu leisten.** Viel Tausende vaterländisch Denkender und treudeutsch gesinnter Bayern geben **hiermit ihrem Mißmut über Ihr Erscheinen in München öffentlich Ausdruck. Wir hätten es lieber gesehen, wenn Sie es als taktvoll erachtet hätten, der Einladung nicht Folge zu leisten.** Unsere Stellungnahme gegen Sie bildet durchaus keine Spitze gegen Ihre Person oder gar gegen das Reich, **sondern gegen das System, das Sie vertreten, denn an Reichstreue lassen wir Bayern uns von anderen deutschen Stämmen nicht übertreffen. Aber wir Bayern können Sie nicht als den noch rechtmäßigen Vertreter des Deutschen Reiches gemäß der Notverfassung von Weimar anerkennen.** Daß wir mit der Führung Ihrer Politik nach außen und innen nicht einverstanden sind, wollen wir hier nicht unerwähnt lassen. Dieser in Bayern gegen Sie herrschenden Stimmung einen sichtbaren Ausdruck bei Ihrem Eintreffen in München zu verleihen, **wäre uns ein leichtes gewesen;** aber wir sind keine Freunde einer Straßenpolitik und haben daher den Weg eines offenen Briefes gewählt, **damit Sie nicht durch etwaige anderweitige Empfangsäußerungen im unklaren über die in Bayern herrschende Mehrheitsstimmung gelassen werden.**

Das ist eine offene Verhöhnung und Kampfansage an die Einheitsrepublik. Nachdem Regimentsfeiern, Kahrdemonstrationen usw. genügend vorgearbeitet haben, gehen jetzt die bayerischen Ordnungsmänner aufs ganze. Der Besuch des Reichspräsidenten soll der Höhepunkt des verbrecherischen nationalistischen Treibens der bayerischen Königsmacher sein. Dazu hat eine umfangreiche Hetze eingesetzt. Der Pfarrer und Kappist Traub schreibt offen in seinem Blatte: Gott segne das Haus Wittelsbach, Gott segne das Haus Hohenzollern. Und der „Miesbacher Anzeiger" beschimpft die bayerischen Minister, die zum Empfang Eberts erscheinen, als Kellner und Ministranten und fordert offen zur Wiederholung des „Berliner schwarz-rot-goldenen Schmachfetzens" am Münchener Hauptbahnhof auf. — Am Freitag fand eine „Fliegergedenkfeier" statt, wobei „die königlichen (!!) Prinzen und Prinzessinnen sowie Ludendorff, Kahr, Epp und eine Reihe anderer Offiziere in voller Uniform eine Parade abnahmen.

Die Münchener Arbeiterschaft wird diesem Treiben nachdrücklich entgegenwirken. — Es ist dringend an der Zeit, daß im übrigen Reiche dem Beispiele der Münchener Arbeiter gefolgt wird, um den deutschnationalen Frechheiten endlich ein Ende zu bereiten, ehe es zu spät ist.

Allerdings ist die erste Voraussetzung dazu, daß die Rechtssozialisten endlich auch einmal in der Reichsregierung Fraktur reden oder wollen sie wirklich alles decken, was ihre Ministerkollegen sich leisten, daß z. B. Ebert den Kappisten-Admiral Löwenfeld zum Ausbildner „republikanischer Marinesoldaten" ernennt und der Reichswehrminister Geßler mit „dem königlichen (!!) bayerischen Prinzen Franz" zusammen die Parade über das ehemalige bayerische 20. Regiment und seine „Reichswehrtraditionskompagnie" abnimmt?

Wilhelm wird den Kadi bemühen

Vor etwa Jahresfrist ging durch Dutzende deutscher Zeitungen die Schilderung einer Episode aus der 1897 unternommenen Nordlandsreise des deutschen Exkaisers. In ihr wurde mitgeteilt, der Oberleutnant zur See v. Hahnke sei eines Tages in Wilhelms Abwesenheit auf seinem Schiff Rad gefahren. Wilhelm wäre vorzeitig zurückgekommen, und habe v. Hahnke mißhandelt, worauf dieser den damaligen Exkaiser ohrfeigte. Darauf sei der Oberleutnant in Ketten gelegt und zum Tode verurteilt worden. Anderen Tages hätte er auf kaiserlichen Befehl sich das Leben nehmen müssen, indem er mit seinem Rade absichtlich in einen Abgrund fuhr. Für die Oeffentlichkeit sei dann ein Unglücksfall vorgetäuscht worden.

Viele Monate ist die Darstellung unwidersprochen geblieben. Jetzt meldet die Telegraphen-Union, daß Wilhelm gegen den „Gothaer Volksfreund" und den „Generalanzeiger" in Dortmund Privatklage wegen Beleidigung erhoben hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die fraglichen Zeitungsartikel erst jetzt nach Amerongen gedrungen sind. Warum die Klage so spät erhoben wurde, oder warum bisher keine Aeußerung zu den fraglichen Artikeln erfolgte, ist noch in Dunkel gehüllt.

Vergebliche Verhandlungen über Zuckerverteilung

Ueber die Verteilung der vom 1. Juli ab noch zur Verfügung stehenden inländischen Zuckermenge fand auf Anregung der Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie am Freitag, den 9. d. Mts., nachmittags, in den Räumen der Berliner Handelskammer eine erneute Beratung der Interessenten statt, nachdem eine bereits vor Pfingsten an derselben Stelle gepflogene Beratung ergebnislos geblieben war. Es handelt sich darum, einen Schlüssel zu finden, wie die vom 1. Juli an noch zur Verfügung stehende Menge von zwei Millionen Doppelzentnern inländischen Zuckers unter die einzelnen Organisationen zu verteilen sind. Da die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, kann es sich nur um eine freiwillige Vereinbarung handeln. Vor allem soll der Bedarf des deutschen Volkes an Mundzucker sichergestellt werden. Die Verhandlungen dauerten drei Stunden. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß die Vertreter der zuckerverarbeitenden Industrien (Bonbon-, Schokoladen-, Kunsthonig- und Marmeladefabrikanten) nicht auf einen Anteil an der noch zur Verfügung stehenden Menge verzichten wollten, obwohl ihnen im Laufe der Debatte wiederholt vorgehalten wurde, daß diese Industrien ja in der Hauptsache ausländischen Zucker verarbeiten könnten, ohne daß dadurch der Preis ihrer Fabrikate wesentlich steigen würde, denn die Preisentwicklung für inländischen Zucker gehe immer weiter auf eine Gleichstellung mit dem ausländischen Zucker hinaus. Die Vertreter der Industrien wichen auch dann nicht von ihrer Forderung ab, als die anderen Interessentengruppen eine Konzession zugunsten der Marmeladen- und Kunsthonigfabrikanten zu machen bereit waren. Der Großhandel schlug vor, das Quantum für die Industrie aus der Diskussion auszuscheiden, da eine Einigung anscheinend nicht zu erzielen sei und das als Mundzucker zur Verfügung stehende Quantum derart zu verteilen, daß auf den Großhandel 75 % und 25 % auf die Konsumvereine und die Edeka entfielen. Die Verteilung der 25 % im einzelnen sollten Konsumvereine und Kleinhandel unter sich ausmachen. Der Vertreter der an Hamburg angeschlossenen Konsumvereine erklärte, daß sich sein Verband unter 20 % keineswegs zufrieden geben könne. Denselben Prozentsatz beanspruchten die Vertreter des Kleinhandels. Der Vertreter der Bäckereigenossenschaften verlangte mindestens 3 %, also 60 000 Doppelzentner. — Als zweckmäßig wurde nunmehr empfohlen, daß sich Vertreter der Industrie, des Großhandels, der Konsumvereine und des Einzelhandels gemeinsam mit der Zuckerwirtschaftsstelle ins Benehmen setzten, um feststellen zu können, ob es möglich sein werde, auf der Basis der jetzigen Erklärungen eine einheitliche Vereinbarung herbeizuführen.

Ausgerechnet Eberlein!

Die kommunistische Presse druckt einen Artikel von R. Albert-Berlin über: Die Bedeutung des Moskauer Prozesses der SR., in dem es u. a. heißt:

„Die russische Revolution war nur die erste große Schlacht zwischen den Klassen dieser Zeit. Die kurze Atempause, die die Geschichte dem Proletariat der übrigen Länder eingeräumt hat, soll dazu dienen, die Nutzanwendungen daraus zu ziehen. Auf diesem Wege können die Leiden der russischen Revolution zur Erleichterung der Aufgabe des internationalen Proletariats nutzbar gemacht werden. **Aber nur unter der Bedingung, daß es im voraus gewisse Gefahren erkennt, daß es von vornherein bestimmte Feinde von seinem Wege fernhält, mit einer Anzahl Illusionen gründlich aufräumt und von einigen Gesichtern energisch die Heuchler- und Lügnermaske herunterreißt."**

Ob R. Albert, nämlich Hugo Eberlein, bei dieser Lehre auch an sich selbst und seine Partei gedacht hat? Wir meinen, es wäre bei den Kommunisten besonders hinsichtlich der Märzaktion am ersten notwendig, „mit einer Anzahl Illusionen gründlich aufzuräumen". — „Nur unter der Bedingung" wird das Proletariat mit den Kommunisten gemeinsam über die Nutzanwendung der russischen Revolutionserfahrungen sich ernsthaft unterhalten. Bis das nicht geschehen ist, bleibt der Offensivler Eberlein als Lehrmeister eine komische Figur.

Die Wittelsbacher verlangen 30 Milliarden

Die Raffgier des Hohenzollern macht Schule. Nach dem Entgegenkommen, das die preußische Regierung ihm zeigte, hat sich nun auch der Wittelsbacher veranlaßt gesehen, dem bayerischen Staate „seine Ansprüche" anzumelden. Zwar gilt in Bayern schon seit langem der Wittelsbacher Besitz durchweg als Staatsbesitz. Zahlreiche Rechtsgelehrte in Bayern haben die Verstaatlichung des Wittelsbachschen Besitzes nachgewiesen. Sowohl die Regierung wie der Landtag des ehemaligen Königreichs Bayern haben sich seit langem auf den gleichen Standpunkt gestellt.

Trotzdem hat der Wittelsbacher den Staatsbesitz für sich reklamiert. Sein Rechtsbeistand ist der Rechtsgelehrte Dr. Beyerle. Dieser erhebt in einem zweibändigen „Rechtsgutachten" folgende Forderungen:

Herausgabe der aus Wittelsbachschen „Privatmitteln" stammenden **Vermögensstücke,** Zahlung einer **Unterhaltsrente an Stelle der Zivilliste,** Weiterbezahlung der **Apanagen, Herausgabe** des angeblich im Staatsvermögen, vor allem den Staatsforsten enthaltenen **Stammvermögens, Rückerstattung** des in Archiven, Schlössern, der Residenz, dem Hausschatz, der Münzensammlung, Staatsbibliothek, Nationalmuseum und Gemäldegalerien befindlichen **beweglichen Familieneigentums.**

Alles in allem würde damit dem bayerischen Staate eine Last von 25 bis 30 Milliarden Mark aufgebuckelt. Darunter müßte er natürlich zusammenbrechen. Der Wittelsbacher hat auf den Thron verzichtet. Jetzt erhebt er Anspruch auf Ersatz für die entgangene Zivilliste und auf die entschwundenen Apanagen und auf alles, was ihm durch den Thronverzicht entgangen ist. Er hat offenbar mehr Vertrauen auf eine „königliche" Justiz als Furcht, wegen dieser hirnverbrannt unverschämten Forderungen in eine Kaltwasserheilanstalt verbracht zu werden.

Reichstagung der Bürgerräte

Als Gegenstück zu den Arbeiterräten entstanden kurz nach der Revolution da und dort Vereinigungen, die sich Bürgerräte nannten. Die Aufgabe dieser Bürgerräte bestand angeblich in der Vertretung der Interessen des nichtsozialistischen Teils der Bevölkerung. Zu Beginn ihrer Tätigkeit waren die Bürgerräte (mit Rücksicht auf die damaligen politischen Verhältnisse) ziemlich objektiv. Das änderte sich in dem Grade, wie der Einfluß der Arbeiterschaft sich verringerte. Nach und nach entwickelten sich die Bürgerräte zu den schärfsten und zugleich schofelsten Bekämpfern von alledem, was von Sozialisten getan und erstrebt wurde. Der mit Beginn des Krieges entschlafene Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte einen Nachfolger gefunden, der ihn in manchem noch zu übertrumpfen vermochte.

Genau wie der Reichsverband schwimmen auch die Bürgerratsvereinigungen im Gelde. Eine Zeitung nach der anderen konnte von ihnen gegründet werden. Hauptsächlich errichtet man Zeitungen in Orten, wo die sozialistische Bewegung stark ist. Mit größter Rücksichtslosigkeit wird in diesen Schutzorganen, die sich mit Vorliebe „Bürgervorwärts" nennen, oder ähnliche an die Arbeiterpresse erinnernde Titel benützen, der Kampf gegen die gewerkschaftliche und politische Organisation, besonders aber gegen die Führer der Arbeiterschaft aufgenommen. Doch nicht etwa mit sachlichen Gründen. Damit könnte man sich abfinden. Keine Lüge, keine Verleumdung ist den Redakteuren dieser Blätter groß genug, um sie nicht den Lesern vorzusetzen. Die Hauptsache ist, es bleibt etwas davon hängen. Ob die Demoralisierung der Massen durch eine solche Kampfesweise erst recht Fortschritte macht, kommt bei diesen gewissenlosen Helden nicht in Betracht. Vor Gericht gestellt, machen diese Burschen in der Regel kaum den Versuch der Verteidigung, weil sie wissen, daß alles von ihnen Geschriebene Lug und Trug ist. Von Besserung ist trotz Bestrafung aber keine Rede, weil die heutigen Gerichte diese Verleumder mit so lächerlich geringen Geldstrafen belegen, daß dadurch weitere strafbare Handlungen direkt angeregt werden.

Daß die Bürgerräte zu den übelsten nationalistischen Sumpfpflanzen gehören, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch nicht nur im „Kampf gegenüber der Entente" stellen die Herren Bürgerräte ihren Mann. Sie fühlen sich auch stark genug, den Kampf gegen die deutsche Republik aufzunehmen. Im Kapp-Putsch haben die Bürgerräte eine viel größere Rolle gespielt, als dies in der Oeffentlichkeit bisher bekannt geworden ist. Für alle reaktionären Bestrebungen sind die Bürgerräte außerordentlich gute Stützpunkte. Es dürfte deshalb schon angebracht sein, wenn die sozialistischen Organisationen und deren Presse diesem Gebilde eine weit höhere Aufmerksamkeit widmen als dies bisher geschehen ist.

Zurzeit sind die Bürgerräte in Bremen versammelt, um Heerschau über ihre Getreuen zu halten. Es wimmelt auf dieser Tagung nur so von Exzellenzen, ehemaligen Offizieren und sonstigen „Förderern" der deutschen Republik. Im Vordergrund der Tagesordnung steht der „Kampf gegen den Versailler Vertrag". Der Referent über dieses Thema war der Reichstagsabgeordnete Gildemeister. Ohne politische Aktivität Deutschlands werde niemals Wandel eintreten. Deutschland müsse sich durch den Willen zur Selbstbehauptung und zur Staatlichkeit wieder erheben. Allbekannte Töne. Die Nationalisten wittern Morgenluft. Sie möchten den sich langsam vollziehenden Stimmungsumschwung in der Entente als ihren politischen Erfolg buchen. Charakteristisch für den Geist, der die Bürgerratstagung beherrscht, sind folgende Redewendungen:

„Die bürgerliche Bewegung muß, wenn sie dem Staate dienen will, **neben dem Marxismus auch einen Kommerzialismus bekämpfen, der an die Stelle des Staates die Händlergemeinschaft setzen will.** Bürger ist für mich jeder, der sich für die Gesamtheit opfert, während **der Proletarier aus der Not der Allgemeinheit sich Vorteile zu erschleichen und zu erpressen versucht.** Eine große Gefahr würde vorliegen, wenn die bürgerliche Bewegung den Grundsatz der Parteilosigkeit predigen würde."

Das ist deutlich genug. Daran vermag die Arbeiterschaft klar zu erkennen, wes Geistes Kind die Bürgerratsbewegung ist.

Der ausgebliebene Dank

Die Stegerwaldzeitung „Der Deutsche" druckt eine längere Abhandlung über die Ernährungswirtschaft und das Umlageverfahren ab, in der lebhaft Beschwerde geführt wird über die Undankbarkeit der Landwirtschaft gegenüber den christlichen Arbeitern. Es sei im Jahre 1912 den Führern der christlichen Gewerkschaften gelungen, auch diese für den Schutzzoll auf agrarische Produkte zu gewinnen. Das sei keine leichte Aufgabe gewesen. Aber, erklärt der Schreiber sehr enttäuscht:

„Wo sind heute die Bauernführer und Bauern, **die so selbstlos handeln und im Hinblick auf die Not der Verbraucher auch deren Interessen vertreten?** Es sind herzlich wenige! **Wo bleiben die Gegenleistungen?** Während die christliche Arbeiterschaft damals Rücksicht nahm auf die Lage der Bauern, **zeigen diese heute wenig Verständnis für die Lage der Verbraucher, darunter viele Kriegsopfer, Angehörige des Mittelstandes, Angestellte und Arbeiter,** von denen **viele nicht wissen,** wie sie die Mittel für ihren Lebensunterhalt auftreiben sollen."

Was hier das Stegerwaldblatt zugibt, ist der Bankrott seines Programms von der sogenannten „Volksgemeinschaft". Die christlichen Arbeiter würden weniger auf Dankbarkeit hoffen und weniger Enttäuschungen erleben, wenn sie ihre Illusion von der „Volksgemeinschaft" aufgäben und die wirtschaftlichen Interessengegensätze und ihre Wahrnehmung durch die Interessenten, als das erkennen würden, was es in Wirklichkeit ist: Nämlich als ein Kampf der Klassen um wirtschaftliche und politische Vorrechte, bei denen eine Ueberbrückung der Gegensätze, und damit auch eine Volksgemeinschaft ausgeschlossen ist.

„Es lebe König Rupprecht!"

Mehr noch als in andern Städten haben die Nationalisten ihren Hohenzollernfilm Fridericus Rex zur Galvanisierung des Furor teutonicus auszunutzen versucht. Nebenher laufende Versammlungen taten dann noch das übrige. Am 30. Mai fühlte sich Kahr in einer Versammlung gedrängt, zu sagen: „Es ist meine Hoffnung, aus dem Gefühl der Treue und Dankbarkeit zu dem aus bayerischem Stamm entsprossenen Haus Wittelsbach einst rufen zu können: Vivat Ruportus Rex! (Es lebe der König Rupprecht.)

Die „Berliner Volkszeitung" erinnert aus Anlaß dieser neuesten Kahrschen Leistung an folgendes:

„Kahr hat es verstanden, in der Revolutionszeit den Biedermann zu markieren und dem sozialdemokratischen Innenminister Erhard Auer in allen Berichten seine tiefste Devotion zu bezeigen. In der Maske des Biedermannes hat er den Staatsumsturz als Parallelaktion des Berliner Kapp-Putsches mit seinen militärischen Helfershelfern durchgeführt und den bayerischen Landtag und die Münchener Presse mit dem Schlagwort vom „Treuhänder des Volkes" belogen.

Durch seine maßlose Eitelkeit, seinen Größenwahn und seinen ans Phantastische grenzenden Dünkel hat er das Deutsche Reich und das deutsche Volk in der ganzen Welt schwer diskreditiert und ihm den Wiederaufstieg durch Schuldenerlaß und Anbahnung eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern verwehrt. Jetzt erst wird klar, was Kahr vorigen Herbst während der sogenannten „Kahr-Krise" durch seine Forderung nach Neuwahlen im Zusammenhang mit seinem Besuch beim Kronprinzen Rupprecht erstrebte: den Bürgerkrieg und die gewaltsame Wiederherstellung der Monarchie."

Wir brauchen dieser durchaus zutreffenden Stigmatisierung des Herrn von Kahr nichts hinzuzufügen.

Ausschluß aus der KPD.

Die „Rote Fahne" teilt mit, daß der kommunistische Parteisekretär Max **Walz** in Saarbrücken aus der Partei ausgeschlossen sei, da auf Grund des vorliegenden Materials und seines eigenen Geständnisses feststeht, daß er größere Geldbeträge von der Saarregierung angenommen hat, um den Versuch zu machen, die Politik der Partei in dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Der Kleinkrieg in Oberschlesien

In Oberschlesien kommt es nicht zur Ruhe. Das Dorf Dziergowitz an der Bahnstrecke Ratibor-Kandrzin wurde von einer Bande überfallen, wobei drei Gemeindewachtleute erschossen wurden. In Beuthen kam es ebenfalls zu Schießereien, die zwei Arbeitern das Leben kosteten. Auch in der Umgebung von Beuthen wurde geschossen. Räubereien sind ebenfalls an der Tagesordnung. Ueber Beuthen Stadt und Land wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der Erzberger-Mordprozeß

Die Verhandlung am Sonnabend gegen die Kapitänleutnant Killinger vor dem Offenburger Schwurgericht drehte sich in der Hauptsache um Feststellungen, wo die beiden Erzbergermörder Schulz und Tillessen in der Zeit nach dem 9. August 1921 sich aufgehalten haben. Ein 18jähriges Fräulein **Osterturm** aus Spandau bekundet, daß Schulz und Tillessen durch ihren Bruder, der mit ihnen der Marinebrigade Ehrhardt angehörte und mit ihnen im Lager Döberitz war, in die Familie eingeführt worden seien. Die Zeugin hatte mit Schulz und Tillessen korrespondiert. Zuletzt richtete sie an Schulz am 7. September einen Brief nach München. Als sie von dem Attentat auf Erzberger las, habe sie auf Grund der Beschreibung der Mörder sich gesagt, daß **Schulz und Tillessen in Frage kämen.**

Der ebenfalls als Zeuge vernommene Bruder des Fräulein Osterturm, **Dietrich Osterturm,** gehörte mit Schulz und Tillessen der Offizierssturmkompagnie der Brigade Ehrhardt an. Er war mit ihnen befreundet, will aber von ihren Reiseplänen nichts gewußt haben. Daß sie sich auf einer Urlaubsreise befänden, sei ihm allerdings bekannt gewesen, aber über das Reiseziel hätte er sie nicht gefragt, weil er den Eindruck gehabt habe, daß **solche Fragen ihnen unangenehm** sein. Als seine Schwester nach dem Bekanntwerden der Ermordung Erzbergers auf Grund der Zeitungsberichte darauf hingewiesen, daß Schulz und Tillessen die mutmaßlichen Mörder seien, habe er erklärt: **„Wir wollen nicht darüber sprechen“**; so wurde es auch gehandhabt. Daß er zu Erzberger ähnlich gestanden, wie Schulz und Tillessen, gibt der Zeuge zu.

Fräulein **Ziegler,** Büffetfräulein im „Goldenen Hirsch“ in Ulm, bezeugte, am 17. August sei ein Fremder, der sich Tillessen eintrug im Hotel abgestiegen; am andern Tage fuhr er nach Beuron und tags darauf nach seiner Rückkehr erkundigte er sich nach einem Zuge nach Stuttgart.

Nach der Bekundung der nächsten Zeugin Schwester **Loyola** aus Jordanbad bei Biberach kam im August ein Fremder an, der sich **nach Erzberger erkundigte.** Als ihm gesagt wurde, Erzberger sei wenige Tage vorher abgereist, fragte er nach seinem **jetzigen Aufenthalt.** Die Schwester sagte ihm, Erzberger sei jetzt in Beuron. Der Fremde hatte eine schwarze Aktenmappe, die den Vermerk „Tilli“ trug.

Wirtin **Schanz** und ihre **Tochter** erklärten, daß vier Tage, nachdem Erzberger im „Grünen Baum“ in Biberach eine Rede gehalten, ein Herr erschienen sei, der sich erkundigte, wo Erzberger sei. Auf die Antort: „Wahrscheinlich in Jordanbach“, entgegnete der Fremde, dort habe er bereits nachgefragt, aber Erzberger sei nicht dort. Der Wirtin war aufgefallen, daß der Herr **auf der Straße von einem anderen Herrn erwartet** wurde.

Der Klosterbruder Theodor **Ansert** wurde am 20. August telefonisch gefragt, ob er wisse, wo Erzberger zu treffen sei. Der Klosterbruder konnte keine Auskunft geben.

Der württembergische Polizeibeamte **Rückert** hat festgestellt, an dem gleichen Tage, an dem Tillessen sich mit seinem richtigen Namen im „Goldenen Hirsch“ Ulm eingetragen hat, Schulz sich ebenfalls mit seinem richtigen Namen in einem Gasthaus in Neuulm eingetragen hatte.

Wichtige Verhandlungen im Bergbau

Die Lohnfragen im Kohlenbergbau stellten die Reichsregierung und die beteiligten Organisationen diesmal vor ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Der bisherige Weg, die notwendigen Lohnerhöhungen restlos auf die Kohlenpreise umzulegen, ist nicht mehr gangbar, da die **Kohlenpreise bereits an die Weltmarktpreise herangekommen** sind. Andererseits ist im gegenwärtigen Augenblick ein Abbau der Kohlensteuer aus zwingenden Gründen unmöglich. Zu diesen Schwierigkeiten tritt die dringende Sorge um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft. Wir haben bereits eine stark steigende Einfuhr an ausländischer Kohle, die im Mai schon auf 700 000 Tonnen angewachsen ist. Diese Einfuhr ermöglicht zwar die Beschäftigung von rund 1 Million deutscher Arbeiter, entzieht aber der deutschen Volkswirtschaft jährlich ungefähr 16 Milliarden Mark an Zahlungsmitteln, wodurch die Mark weiter stark entwertet wird. Will man die Einfuhr überflüssig machen und den Bergarbeitern eine angemessene Lohnerhöhung sichern, so sind Maßnahmen zur Erreichung einer entsprechenden Mehrförderung in den deutschen Steinkohlenrevieren unabweisbar. Nach langwierigen Verhandlungen in Berlin, fanden am 7. und 8. d. Mts. in Essen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterverbänden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis hinsichtlich der Lohnfrage führten und auch in der Frage der Mehrförderung eine Lösung fanden, die uns mindestens für einige Zeit vom Bezug ausländischer Kohle unabhängiger machen wird. Die in Aussicht genommene Vereinbarung wird am nächsten Sonntag der Entscheidung einer großen Vertrauensmänner-Konferenz der Bergarbeiterverbände in Bochum unterbreitet.

Soweit die offizielle Mitteilung des Reichsarbeitsministers, in der es zum Schluß heißt, daß erwartet wird, daß die Bergarbeiter „auch ihrerseits auf die immer dringender gewordenen Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft die erforderliche Rücksicht nehmen werden.“

Aber die deutschen Kohlenpreise haben Weltmarktspreise erreicht und doch sollen aus eigenen Kräften die Zechenbarone keine auskömmlichen Löhne bezahlen, sondern machen dies von einer Kohlenpreiserhöhung abhängig. Zudem wurden den Grubenbesitzern für die Verbesserung ihrer technischen Anlagen vor längerer Zeit erhöhte Preise zugebilligt und doch sind sie nicht imstande, eine höhere Ausbeute an Kohlen zu erzielen und anständige Löhne auszurufen. Wo bleibt da die so viel gepriesene Ueberlegenheit des Privatbetriebes und der Unternehmerinitiative? Die Bergarbeiter sollen nun „Rücksicht“ nehmen, damit den Zechenbaronen ungehindert der Profitsegen fließt. Angesichts dieser Privatmißwirtschaft ist die Sozialisierung der Kohlenschätze dringender denn je.

Der Bericht des Anleihekomitees

Paris, 10. Juni.

Der in englischer Sprache abgefaßte **Bericht des Anleihekomitees an die Reparationskommission** lautet in vorläufiger deutscher Uebersetzung im wesentlichen:

Das Anleihekomitee beehrt sich, der Reparationskommission folgenden Bericht zu unterbreiten, der das Ergebnis der Beratungen des Komitees in der Zeit vom 24. Mai bis zum 9. Juni 1922 darstellt.

Auf die Untersuchungen bezüglich Bestimmungen und Ausdehnung der Untersuchung:

Die Bestimmungen, auf Grund deren das Komitee berufen wurde, waren folgende:

Es soll ein Sachverständigenkomitee berufen werden, um die Bedingungen zu prüfen und der Kommission darüber zu berichten, nach welchen die **deutsche Regierung** unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen auf grund des Vertrages von Versailles und insbesondere des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 **auswärtige Anleihen** zur Verwendungfür die Ablösung eines Teils des Kapitals der Reparationsschuld aufnehmen könnte Das Komitee soll insbesondere prüfen

1. Die Bedingungen, unter welchen derartige Anleihen aufgenommen werden könnten und den Betrag, der nach vernünftigem Ermessen in der nächsten Zukunft und insbesondere im Laufe der nächsten beiden Jahre erwartet werden könnte;

2. Die Sicherheit, die für die etwaigen Geldgeber verfügbar gemacht werden könnte, ohne das künftige Reparationsinteresse in unbilliger Weise zu beeinträchtigen;

3. Die Art und Weise, in welcher die für den Dienst der Anleihe verpfändeten Einnahmen und sonstigen Werte überprüft und verwaltet werden sollen, und die Beziehungen, welche zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldgeber und der Reparationskommission zu schaffen sind.

Das Komitee wurde ersucht, Persönlichkeiten mit praktischer Erfahrung zu Rate zu ziehen mit dem Ziel, einen **praktischen Plan aufzustellen, der der deutschen Regierung und der Reparationskommission zwecks Billigung unterbreitet werden könnte.** Nach Prüfung dieser Bedingungen empfand das Komitee gewisse Zweifel hinsichtlich ihrer Tragweite. Es richtete deshalb am 1. Juni die bereits bekannt gewordene Frage an die Reparationskommission, auf welche diese unterm 7. Juni antwortete:

Nach Empfang dieser Antwort, welche ergab, daß der **Hauptgläubiger Deutschlands** nicht wünschte, daß irgendeine Empfehlung erfolgte, die die Möglichkeit neuer Begrenzungen von Deutschlands Verpflichtungen mit sich bringen könnte, **beschloß das Komitee, daß es im Augenblick seine Untersuchungen mit Nutzen nicht fortsetzen könnte** und daß es sich deshalb darauf beschränken müsse, eine Antwort auf die ursprünglich an es gerichtete in einem eingeschränkteren Sinne ausgelegte Frage zu erteilen und gleichzeitig seine Gründe für diese Entscheidung anzugeben.

Zunächst wünscht das Komitee seine eigene Stellung so klar zu machen, daß die Möglichkeit eines Mißverständnisses ausgeschlossen ist. Seine Mitglieder wurden durch einstimmigen Beschluß der Reparationskommission eingeladen nach Paris zu kommen, um als Bankiers technischen Rat über die Bedingungen zu erteilen, unter welchen eine auswärtige Anleihe von Deutschland aufgenommen werden könnte. Zu keinem Zeitpunkte haben sie den geringsten Wunsch gehabt, sich weitere Funktionen anzumaßen. Sie haben durchaus voll gewürdigt, daß die Erteilung technischen Rates nur einen Faktor des Problems bilden würde, welches von der Reparationskommission und von den alliierten Regierungen allein gelöst werden muß. Schon bei ihrem Zusammentreten waren die Bankiers im Komitee einmütig in ihrer Ansicht, daß sie bei Auslegung der für sie maßgebenden Bestimmungen in einem eingeschränkteren Sinne für eine auswärtige Anleihe keine Aussicht bieten könnten.

London, 10. Juni.

Zu dem Beschluß des Bankierausschusses, sich drei Monate zu vertagen, schreibt „Daily Expreß“ unter der Ueberschrift „Keine Anleihe für Deutschland“, „Der Bankiersplan von Frankreich verworfen“, die Bankiers hätten als wesentlich für eine Anleihe folgende Bedingungen vorgeschlagen: 1. Herabsetzung der deutschen Gesamtreparationen um die Hälfte 2. Die Unterzeichner der Anleihe erhalten Vorzugsrechte vor allen anderen Gläubigern in bezug auf Zölle oder alle anderen verfügbaren deutschen Sicherheiten. 3. Deutschland erhält die Hälfte der Anleihe. 4. Deutschland ist nicht verpflichtet, irgendeinen Teil der Reparationen während einer Zeit von drei Jahren zu zahlen und wird seine eigenen Finanzangelegenheiten einschließlich der Steuerfragen selbst kontrollieren.

Auf 3 Monate vertagt

Paris, 9. Juni

Die Agence Havas meldet: Der internationale Anleihe-Ausschuß trat heute nachmittag zusammen und kam zu der Schlußfolgerung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Beschluß über die Ausgabe einer internationalen Anleihe gefaßt werden könne, durch die ein Teil der von Deutschland zu zahlenden Reparationszahlungen gedeckt werden sollte. Infolgedessen beschloß der Ausschuß, sich auf drei Monate zu vertagen und dann die Besprechung dieser Frage wieder aufzunehmen.

Vorerst keine Anleihe für Deutschland

Paris, 10. Juni.

Nach der „Chicago Tribune“ soll Morgan im internationalen Anleiheausschuß erklärt haben, daß **bis zum nächsten Frühjahr keine große internationale Anleihe für Deutschland** besonderen Anklang finden könnte. Der größte Teil des verfügbaren Kapitals werde jetzt zur Finanzierung der Ernte gebraucht und Amerika würde im kommenden Frühjahr viel besser in der Lage sein, einen bedeutenden Teil einer Anleihe aufzunehmen, als im Herbst dieses Jahres.

Zähne 15 u. 20 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Nähmaschinen
für Haus und Gewerbe
Erstklassiges deutsches Fabrikat (nur Leipziger Str.)

A. Wertheim

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Fahrräder
und sämtliches Zubehör
Leipziger Straße:
Lager von Einbau-Motoren und Motorrädern

Glas

Honiggläser 3⁷⁵ 3⁹⁰
Vorratsgläser eckig 8⁷⁵
Bierbecher ... 7M 8⁵⁰ 12M
Likörbecher Karl 5⁷⁵ Anglais 4⁷⁵
Teebecher glatt 6⁷⁵
Wassergläser gepreßt 3²⁵ Rundboden 6²⁵
Wassergläser mit Rippen .. 5²⁵
Saftkrüge glatt 11⁵⁰
Sturzflaschen mit Glas, optisch ... 22M
Weingläser glatt 17⁵⁰
Butterdosen gepreßt 25M 42M
Käseglocken gepreßt ... 55M
Kuchenteller gepreßt ... 48M
Kompottschüsseln gepreßt ..... von 7²⁵ b. 43M
Kompotteller gepreßt ... 8M
Zuckerschalen gepreßt .. 19M

Kristall-Römer
geschliffen weiß u. grün von 72M bis 135M

Konservengläser
„Globus" mit Gummiring von 10⁷⁰ bis 19⁹⁵

Gummiringe
schmal 80 Pf. breit 95 Pf.

Porzellan

Weiß mit kleinen Fehlern

Speiseteller tief, flach 7⁹⁰
Dessertteller 6M
Kompotteller 3⁷⁵
Kompottschüss. 12M b. 22M
Bratenplatten oval 17M b. 32M
Beilagschalen 9⁷⁵
Brotkörbe 16⁵⁰
Saucieren 18M
Terrinen 52M
Kartoffelnäpfe 43M
Kaffeekannen . 9M bis 27M
Milchtöpfe ..... 4⁵⁰ bis 9⁷⁵
Teekannen 24M
Tassen 3⁹⁰ 4⁹⁰
Kannenuntersetzer 5⁷⁵

Kunst-Glas-Vasen
Glas-Schalen
Glas-Dosen
blau u. rot
von 27M an

Bunt

Kaffeeservice f. 2 Personen 68M
Eiermenagen 34M
Satztöpfe .... 6 Stück 55M
Vorratstonnen 26M
Mesten 33M

Kaffeegeschirr Blauband

Kaffeekannen v. 40M bis 79M
Teekannen von 36M bis 79M
Milchtöpfe von 10⁵⁰ bis 36M
Kuchenteller 30M
Körbe 36M
Teller 9⁵⁰ 11⁵⁰ 14M
Zuckerdosen ... 24M 33M
Tassen 12⁵⁰ 15M

Steingut

Bunt glasiert

Butterdosen 18M
Saftkannen 18M 23M
Schokol. Krüge 23M 28M
Teekannen 14M 19M 27M
Teller 6⁷⁵
Zuckerschalen klein 2⁷⁰ auf Fuß 8M

Vorratsbüchsen creme .. 8⁵⁰
Flaschen creme, Essig u. Öl . 8⁵⁰
Vorratstonnen „Carmen" 11M
Gewürztonnen „Carmen" 5²⁵
Mesten „Carmen" 14⁵⁰
Flaschen „Carmen" Essig u. Öl 10⁵⁰
Milchtöpfe 5²⁵ 7⁷⁵ 11²⁵
Suppenschüsseln mit Deckel 18M
Steinkrüge .... 60 Pf. 90 Pf.

Wasserkannen
bunt 14M 22M

Waschgarnituren
in verschiedenen Preislagen

Balkon- und Garten-Möbel

Weiden- u. Peddigrohr-Garnituren, wetterfest lackierte Holz- u. Eisenmöbel

Rosenthal

Leipziger Straße 132, Zwischenstock

Porzellan-Niederlage

Ständige Ausstellung und Verkauf
von Luxus- und Gebrauchs-Porzellanen

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Die Ratten** 7½ Uhr: **Der Verschwender**

Neues Volkstheater Rüdenstiker Straße 68 7½ Uhr. **Heuchler** 7½ Uhr: **Schuster Aiolos**

Staats-Theater Opernhaus 6 Uhr: **Meistersinger** Schauspielhaus 7½ Uhr **Napoleon**

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Kabale und Liebe** 7½ Uhr: **Tartuffe und Perlmutter**

Kammerspiele 8¼ Uhr **Vatermord**

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Judith** 7½ Uhr: **Die versunkene Glocke.**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tel. 8 U. „Gretchen" Glässner, Roberts

Berliner Theater 7.0 Uhr: **Madame Flirt**

Wallner-Theater 7½ Uhr. **Die beiden Nachtigallen**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 8 Uhr: **Residenz-Theater** **Eine Frau ohne Bedeutung** 7¼ **Trianon-Theater** **Moral** v. Ludw. Thoma

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

7½ **Casino-Theater** 7½ **Der Retter aus Afrika.** Schluss am 12. Juni

Theater des Ostens (Rose-Theater) 5 Uhr. Berlin - Wien - Konstantinopel.

Primus Palast Potsdamer Str. 19 Ecke Kurfürstenstrasse **Das Lied von der glutroten Blume** Svenska-Film Jugendlichen ist der Eintritt gestattet. 7 u. 9 Uhr, Sonntags 5½, 7 und 9 Uhr.

Zoologischer Garten Täglich **Großes Konzert** Sonntags 2 Kapellen **Aquarium** geöffnet von 9-7 Uhr

Café Zielke Friedrichstr. 59/60 Ecke Leipziger Str. **Varieté-Kabarett** Nchm. 4½ abds. 7½ U. **Billardturniere** mit und ohne Wetten

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr **Die Prinzessin vom Nil** Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm. Beginn d. Konzerts 4½ U.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108 114
Heute, Sonntag, d. 11. Juni 1922
Großes
Konzert u. Varieté-Vorstellung
14 Riesen-Attraktionen
Außerdem:
Großer Ball
Einlaß 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Voranzeige: Dienstag, den 13 Juni
Großes Riesen-Brillant-Feuerwerk

Sommertheater Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Alex. 1219 Dir. Wilh. Hermann Alex. 1219
Täglich:
Die große Berl. Ausstattungsoperette
Rennbahnschieber
dazu 10 erstklassige Spezialitäten und das große Ballett Catrini.
Vorverkauf täglich ab 10 Uhr vormittags
Im Saal: **Großer Ball**
Bei ungünst. Witterung Vorst. im Saal

Alhambra-Park
am Moritzplatz
Riesen-Varieté-Programm mit dem „Stecknadelkleid"
(nur noch 5 Tage)
Bei schlechtem Wetter im Saal.

Alle Seifenhänder
decken ihren Bedarf
in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw.
im Seifenlager
Emerich A. Salgo
N 54, Lothringer Straße 38, Hof

Theater am Kottbusser Tor Tägl. 7½ Uhr **Elite-Sänger** Volkspreise

Fahrraddecken 95, 120, 150 M **Luftschläuche** 25, 35, 45 M
Versand nach ausw. Aufträgen Schmidt, Berlin, Badstraße 13

Fußböden.
Holzplatten, Fenster, Türen, ferner transportable Wohnlauben, sowie alle anderen Baumaterialien äußerst billig.
Paul Lüdier, Abbruchunternehmer NO 55 Greifswalder Straße 100. Telepb. Alex. 4646.

Grossen Erfolg haben selbst die kleinen Anzeigen in der Freiheit

das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!
Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.
Wenig Arbeit, geringer Kohlenverbrauch, größte Billigkeit!
Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Preis das Paket 12.– M.

Die USPD. zur Koalitions- und Einigungsfrage

Die Stellungnahme des Leipziger Parteitages: Manifest und Begründungsrede

In völliger Verkennung der Geistesverfassung der rechtssozialistischen Führerschaft hat Kautsky eine Einigungskampagne begonnen. Wir haben ihn aufgefordert, praktische Vorschläge für die Einigung zu machen. Ehe er dazu in der Lage war, erklärte der „Vorwärts", **die Einigung könne nur durch Aufgehen der USP. in die SPD. erfolgen.** Damit ist bewiesen, daß die SPD.-Führer keine Einigung, sondern eine Kapitulation wollen. **Kautskys Aktion ist also gescheitert.**

Um über die Stellung unserer Partei zur Koalitions- und Einigungsfrage keine Unklarheit aufkommen zu lassen, drucken wir nachstehend nach dem jetzt vorliegenden Protokoll des Leipziger Parteitages vom Januar d. Js. aus dem vom Parteitage beschlossenen Manifest und der dazu gehaltenen Begründungsrede des Genossen Dittmann die entsprechenden Stellen ab. Unsere Parteigenossen mögen sie bei Diskussionen als Material benutzen.

Das Leipziger Manifest zur Koalitions- und Einigungsfrage

In Deutschland rüttelten Weltkrieg und Zusammenbruch das arbeitende Volk zur revolutionären Tat auf. Es ergriff die politische Macht. Statt aber alle proletarischen Kräfte zusammenzufassen zu einem konsequenten Kampfe um den Sozialismus, haben die Rechtssozialisten **Koalitionspolitik mit dem Bürgertum getrieben und dadurch die Kluft in der Arbeiterschaft verbreitert.** Das mangelnde Selbstvertrauen und der fehlende revolutionäre Wille im rechtssozialistischen Lager, das Paktieren mit dem Bürgertum, die dadurch verursachte Wiederaufrichtung eines reaktionären Militarismus und das Abwürgen revolutionärer Errungenschaften stärkten das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie, trieben schwankende Elemente des Kleinbürgertums zurück in die Arme des Kapitalismus, lähmten den proletarischen Klassenkampf, verschärften die Zersplitterung der Arbeiterklasse und führten zu dem **Erstarken der Konterrevolution.** Aehnlich verhängnisvolle Wirkungen wurden ausgelöst durch die von der Moskauer Kommunistischen Internationale ausgehende Politik der Spaltung der politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats und die von der gleichen Stelle genährte planlose Putschtaktik, die der deutschen Arbeiterklasse schwere Wunden schlug.

Die verderblichen Folgen der Schwächung des Proletariats und der Wiedererstarkung der Bourgeoisie treten immer deutlicher hervor . . .

All diesen Erfahrungen zum Trotz haben die Rechtssozialisten in Görlitz ihre Bereitwilligkeit bekundet, durch **Aufnahme der Deutschen Volkspartei** die Basis ihrer Koalitionspolitik nach rechts zu erweitern . . .

Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats. Denn die soziale Revolution kann nur zum Sieg geführt, der Sozialismus nur verwirklicht werden von einem Proletariat, das erfüllt ist mit sozialistischem Klassenbewußtsein und zusammengefaßt ist zu einer unabhängigen Führung des Klassenkampfes . . .

In Deutschland ist bei der Stärke des Proletariats **die Erringung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterschaft die oberste Aufgabe.** Dazu bedarf es vor allem der **Zusammenfassung und Einigung aller proletarischen Kräfte.** Die Zusammenfassung und Einigung wird erwachsen aus dem Ringen des Proletariats um seine Lebensinteressen. Politische Notwendigkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Revolution haben die proletarischen Massen schon wiederholt zu gemeinsamen Aktionen gezwungen und werden es in Zukunft in immer erhöhtem Maße tun. Die Arbeiterparteien haben dabei die Pflicht, jeweils das **Maximum an Einheit** des Proletariats herbeizuführen. Dazu ist notwendig, daß eine Verständigung gesucht wird über die dem Gesamtinteresse des Proletariats dienenden Forderungen und über Art, Umfang und Ziel der gemeinsamen Aktion. Diese Verständigung zu gemeinsamen Kämpfen kann verschiedene Formen annehmen: Aufstellung gemeinsamer Forderungen und wenn notwendig ihre gemeinschaftliche Vertretung in den Parlamenten des Reichs, der Länder und der Gemeinden, gemeinsame Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen.

Aus diesen gemeinsamen Kämpfen wird sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus . . .

Der Parteitag betont mit allem Nachdruck, daß diese Forderungen (die 10 Forderungen des A. D. G. B. und der Afa) zur Grundlage des gemeinsamen proletarischen Kampfes sämtlicher gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse gemacht werden müssen.

Dieser Kampf muß zum **verheißungsvollen Ausgangspunkt der einheitlichen Kampfesfront werden,** die sich im gemeinsamen Ringen bildet und zur dauernden Einigung des Proletariats führt.

Diese Einigung mit allen Kräften anzustreben und durchzuführen, ist eine der bedeutsamsten historischen Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die in den schwersten Zeiten des Weltkrieges das internationale Banner hochgehalten hat. Diese Zusammenfassung der Kräfte ist nicht nur für Deutschland zu erstreben. Der Endsieg des Sozialismus kann nur **international errungen** werden. Dazu bedarf es der Ueberwindung der Zersplitterung innerhalb der internationalen Arbeiterschaft, der **Zusammenführung aller proletarisch-sozialistischen Kräfte der Welt,** auf dem Boden revolutionären Kampfes. Aufgaben, die die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in den ihrigen gemacht hat . . .

Proletarier Deutschlands,
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Aus Dittmanns Begründungsrede zum Leipziger Manifest

Parteigenossinnen und Genossen! Das Werk der **Sammlung und der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte** auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ist und bleibt die historische Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Sehr wahr!) So wie die Partei das deutsche Proletariat bewahrt hat vor dem Abgrund des Pseudo-Kommunismus, so hat sie es auch bewahrt vor dem Sumpfe des Sozialreformismus. Und so wie aus dem kommunistischen Lager immer mehr die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in ihrer großen Linie als richtig anerkannt wird, so auch immer mehr im rechtssozialistischen Lager.

Bei den Arbeitern im rechtssozialistischen Lager ist seit Jahr und Tag eine entschiedene Radikalisierung, eine Annäherung an unsre Politik unverkennbar. Auch in der rechtssozialistischen Presse tritt das zutage. Die Ursache dieser Erscheinung ist die Zerstörung der Illusion über den **Segen der Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien.** (Sehr wahr!) Auch die rechtssozialistischen Arbeiter sehen jetzt, daß diese Koalitionspolitik immer weiter fortführt vom Sozialismus, daß sie nur die Reaktion stärkt.

„An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen." Dieses Bibelwort gilt auch für die Politik. Welche Früchte hat die Koalitionspolitik dem deutschen Proletariat gebracht?

Was ist das Resultat dieser Politik auf dem Gebiete der staatlichen Macht? Als wir Unabhängigen Volksbeauftragten am 30. Dezember 1918 aus der Reichsregierung austraten, da hatten wir vorher **unsern Standpunkt zur Militärfrage** schriftlich dahin formuliert,

„daß sich die Regierung der sozialistischen Republik militärisch nicht stützen kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten alten stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr."

Als wir die Regierung verlassen hatten, kam die Bildung der Freiwilligenkorps, kam der Noskekurs, kam die Bildung der Reichswehr, kam der Kapp-Putsch, kam der Geßler-Kurs! Und das Endresultat? Generalmajor Freiherr von Schönaich hat es kürzlich in der „Vossischen Zeitung" in die Worte zusammengefaßt: **„daß außer dem jeweiligen Minister kein Mensch in der ganzen Wehrmacht wirklich innerlich auf republikanischem Boden steht."** (Hört, hört!) Das, Parteigenossen, ist auf militärischem Gebiete die Frucht der Koalitionspolitik. (Sehr richtig!) Das stärkste staatliche Machtmittel, die Wehrmacht, ist hinübergespielt worden in die Hände der Monarchisten und Kapitalisten, der Todfeinde der Arbeiterklasse. (Stürmische Zustimmung.)

Wie steht es mit der **Justiz in Deutschland?** Wir haben uns vor Eintritt in die Tagesordnung erst mit der deutschen Justiz befaßt. Deshalb brauche ich auch über diesen Punkt nur den einen Satz zu sagen: Auch jeder rechtssozialistische Arbeiter stimmt uns heute zu, wenn wir sagen: „Eine schlimmere Klassenjustiz als die heutige hat es niemals in Deutschland gegeben!" (Stürmisches Sehr richtig!) Auch eine Frucht dieser Koalitionspolitik!

Und wie steht es auf **kultur- und schulpolitischem Gebiete?** Das Weimarer Schulkompromiß öffnet der Reaktion Tür und Tor und verhindert jede durchgreifende Schulreform in Deutschland. Wieder eine Frucht der Koalitionspolitik, die die Rechtssozialisten gemeinsam mit kapitalistischen Parteien getrieben haben. Und so war es auch in der **Wirtschafts- und Ernährungspolitik.** Da arbeiten längst wieder wie vor dem Kriege Junker und Kapitalisten im trauten Verein zusammen und die bürgerlichen Koalitionsparteien stimmen im Reichstag einfach ihre rechtssozialistischen Blockbrüder nieder. (Sehr wahr!) Das Resultat ist allemal eine weitere Schröpfung und weitere Belastung der breiten Volksmasse.

Und dasselbe bei der **Finanz- und Steuerpolitik.** Die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen bei jeder Lohnzahlung ihre Einkommensteuer zahlen an den Staat. Aber die Einkommen- und Vermögenssteuer der Besitzenden ist heute noch nicht einmal eingehoben für die Jahre 1919 und 1920, geschweige denn für das Jahr 1921. Ja, sie ist vielerorts noch nicht einmal veranlagt für 1919! (Lebhafte Entrüstung.) Und die Politik der Massenbelastung durch indirekte Steuern und Verbrauchsabgaben, sie zeigt klar die Richtung, die die Steuerpolitik in Deutschland nimmt. Dazu noch die Tatsache, daß es bisher den Kapitalisten gelungen ist, sich jeder ernsthaften steuerlichen Belastung des Besitzes widersetzen zu können. Alles das zeigt, daß auch auf dem Gebiete der Finanz- und Steuerpolitik die rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien für das Proletariat die schwersten Schädigungen mit sich gebracht hat und lediglich von Nutzen gewesen ist für die kapitalistischen Parteien und für die kapitalistische Klasse.

Und, Parteigenossen, sehen Sie doch einmal hinein in die Verwaltung! Die reaktionäre, die konterrevolutionäre, monarchistische Bureaukratie sitzt überall wieder fest im Sattel und die Regierung ist ohnmächtig gegen sie. Sie ist ja gar keine „Regierung"! **Die Regierung ist ja gar nicht der „Inhaber der Staatsgewalt".** (Sehr wahr!) Durch die Weimarer Verfassung ist die Kleinstaaterei wieder in Deutschland verewigt und jeder Neuaufbau des Reiches vereitelt.

Stillstand und Reaktion auf allen Gebieten, das ist das Fazit der Koalitionspolitik, die die rechtssozialistische Partei mit bürgerlichen Parteien getrieben hat!

(Lebhafte Zustimmung.) Zentrum und Demokraten haben die Koalitionspolitik mit den Rechtssozialisten getrieben, um die Revolution, um die Ausnutzung der politischen Situation im Interesse des Proletariats möglichst zu hindern und zu hintertreiben, das Proletariat zu spalten und in seiner Aktionskraft zu lähmen. Die bürgerlichen Parteien lehnen jede Koalition ab, in denen sie nur Anhängsel einer andern, einer sozialistischen Partei sind. Sie wollen **in der Koalition kapitalistische Politik treiben** können. Immer offener haben sie seit Monaten von den Rechtssozialisten gefordert, die Koalition nach rechts zu erweitern, die Stinnespartei mit in die Reichsregierung aufzunehmen. Und die rechtssozialistischen Führer haben in Görlitz ihre Bereitschaft dazu ausgesprochen. Die rechtssozialistischen Arbeiter machten allerdings unter unserm Einfluß Schwierigkeiten, und so ist das Experiment im Reiche heute noch nicht versucht worden. Zunächst ist Preußen das Versuchskaninchen. Im Reiche aber kann diese Koalitionspolitik schon in allernächster Zeit, wenn es bei der Steuergesetzgebung zu einer unausweichlichen Entscheidung kommt, in die Brüche gehen.

Die Koalitionspolitik wird heute von den rechtssozialistischen Arbeitern nur noch unwillig und murrend mitgemacht. Diese Politik wird immer unfruchtbarer und ihre Grundlagen brechen immer mehr zusammen. Im Reiche hat die Demokratische Partei offiziell sich von der Koalition zurückgezogen. Erinnern Sie sich einmal, Parteigenossen, daß im Jahre 1919 die Rechtssozialisten uns immer die **Demokraten** hingestellt haben als die zuverlässigen Bundesgenossen, um mit ihnen demokratische, republikanische und soziale Forderungen durchzusetzen. Und nun haben wir es erlebt, daß bei der Demokratischen Partei diejenige Richtung immer mehr die Oberhand bekommen hat, die sich völlig hingezogen fühlt zu den kapitalistischen Interessen und nach der ausgesprochen großkapitalistischen Stinnespartei. (Sehr wahr!) Wie lange der linke Zentrumsflügel, der sozial vor allem gestützt wird durch die christlichen Gewerkschaften, noch standhalten wird in der Koalition, kann kein Mensch sagen. Auch diese Säule kann stürzen über Nacht. (Sehr richtig!)

Aber, Parteigenossen — und damit komme ich auf den ersten Teil meiner Darlegungen zurück — kommt es zu der internationalen Verständigung des Kapitals, die sich jetzt anzubahnen scheint, so hat für die kapitalistischen Parteien in Deutschland die Koalition allmählich ihren Zweck erfüllt: In Deutschland die Staatsgewalt wieder in die Hände der Kapitalisten hinüberzuspielen (Stürmische Zustimmung), die Reaktion auf allen Gebieten wieder aufzurichten. (Sehr wahr!) Und seien wir uns auch darüber klar: Im Bunde mit den Ententekapitalisten werden die deutschen Großkapitalisten, die Stinnes und Genossen, sich schließlich auch trauen, **offen gegen das deutsche Proletariat zu regieren!** (Stürmisches Sehr richtig!) Sie werden dann die Koalitionspolitik nicht mehr brauchen, werden die Deckung durch die rechtssozialistische Partei entbehren können, werden die Koalition als überflüssig empfinden! So nähert sich der Zeitpunkt, in dem es für die rechtssozialistische Partei heißen kann: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen." (Sehr gut!)

Zweimal im letzten Jahre hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands offiziell Stellung genommen zu der Frage der Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien.

Zweimal trat an die Partei die Frage heran, ob sie bereit und geneigt sei, einzutreten in die bestehende Koalition der rechtssozialistischen Partei mit den bürgerlichen Koalitionsparteien. Das erstemal beim Londoner Ultimatum im Mai, und dann bei der Ententeentscheidung über Oberschlesien im Herbst. Im Mai hat die Parteileitung in einer Antwort auf die Frage der Rechtssozialisten erklärt, daß für uns nur eine **rein sozialistische Regierung** in Frage kommen könne, eventuell unter Hinzuziehung der freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im Herbst, nach dem Parteitage der Rechtssozialisten in Görlitz, standen Parteileitung und Reichstagsfraktion auf genau demselben Standpunkt. Sie dachten nicht an einen Eintritt in die Koalition. Unsere Antwort auf die rechtssozialistische Anfrage paßten wir diesmal der besonderen taktischen Situation an und ließen erst durch die rechtssozialistische Partei feststellen, was wir wußten und erwarteten, daß auch **Zentrum und Demokraten keine Koalition mit uns wollten.** Nachdem dies erwartete Resultat vorlag, antworteten wir den Rechtssozialisten, die Frage sei so wenig aktuell, daß wir keine Ursache hätten, mit ihr uns weiter zu beschäftigen.

In einzelnen parteigenössischen Kreisen ist der Argwohn entstanden, als habe man mit dieser diplomatischen Antwort, wie man sie genannt hat, den bisherigen Standpunkt der Partei zur Koalitionsfrage verlassen wollen. Das war nicht die Absicht, das ist auch nicht geschehen. (Sehr richtig!) Wir haben damals die Anfrage der Rechtssozialisten betrachtet als ein taktisches Manöver. Man wünschte eine Antwort von uns, die den Rechtssozialisten die Ausdehnung der Koalition auf die Stinnespartei erleichtern sollte. Dieses Manöver sollte unser Briefwechsel durchkreuzen. Und diesen Zweck hat er erreicht. Unsre Beteiligung an einer Koalitionsregierung kam damals praktisch gar nicht in Frage, weder für das Zentrum und die Demokraten, noch für die Rechtssozialisten, noch gar für uns selber. (Sehr wahr!) Und wenn seitdem in der Presse und sonst in der Oeffentlichkeit viel hin und her gestritten worden ist über die jetzige Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Frage der Koalitionspolitik, nun, Parteigenossinnen und Genossen, wir sind hier, um darüber völlige Klarheit zu schaffen!

Nach unsrer Ueberzeugung ist bei den Machtverhältnissen der Klassen in Deutschland ein Zusammenwirken einer sozialistischen Partei in einer Koalition mit kapitalistischen Parteien unmöglich. (Lebhafte Zustimmung.) Wohl kann es ein Zusammenwirken von Fall zu Fall geben, wenn im Einzelfall gemeinsame Interessen vorliegen, oder wenn aus verschiedenen Motiven heraus kapitalistische und sozialistische Parteien zu demselben Resultat kommen. (Sehr gut!) Das ist aber nichts Neues in der Taktik des deutschen Sozialismus. Ich erinnere daran, daß unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1892 bereits die Sozialdemokratie es war, die durch ihre Stimmen den **russischen Handelsvertrag,** durch den der Getreidezoll von 5 auf 3 M. herabgesetzt wurde, zur Annahme brachte. Das hieß aber nicht, daß die Partei ihre Politik in irgendeiner Weise zu ändern bereit gewesen wäre. (Sehr richtig!) Und aus der späteren Geschichte der Partei lassen sich Dutzende und aber Dutzende ähnlicher Beispiele anführen. (Sehr wahr!) Wir alle hier sind uns darüber klar, daß die Gesamtinteressen des Proletariats im unversöhnlichen und unüberbrückbaren Gegensatz zu den Gesamtinteressen des Kapitals stehen. Deshalb ist eine Koalition, deshalb ist ein dauerndes politisches Zusammenarbeiten unsrer Partei mit kapitalistischen Parteien unmöglich.

Nicht Klassenharmonie, nein, Klassenkampf ist die Losung.

(Stürmische Zustimmung.)

Wir sprechen von der konkreten Koalitionspolitik, mit der wir es in Deutschland seit dem Beginn der Revolution zu tun haben. Wir wollen kein Urteil abgeben etwa über die Koalitionspolitik unsrer österreichischen Genossen in der ersten Revolutionszeit. Dort hatte das Proletariat die tatsächliche Macht in den Händen, hatte das Heer, hatte den Verkehr in seinen Händen. Bei uns ist aber **durch die Koalitionspolitik alle Macht bei der Bourgeoisie,** und die Rechtssozialisten in der Regierung tragen nur die Verantwortung mit für die verschleierte Diktatur der Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Gewiß wissen wir: „Der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig." Wir sagen deshalb auch: das Klasseninteresse des Proletariats, gesehen vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes, das ist unser Leitstern. Davon gibt es kein Abweichen! Das ist der Geist, der uns erfüllt. Sollte irgendeine Formel, in der wir diesem Geist

Ausdruck zu verleihen suchen, mit ihm in Widerspruch geraten, so werden wir selbstverständlich die Formel, die zur Fessel zu werden, zum toten Buchstaben zu erstarren droht, preisgeben.

Niemand von uns will den Parteitag zum römischen Kirchenkonzil machen, das den Gläubigen für alle Ewigkeit vorschreibt, was sie zu glauben haben und was nicht. Aber wir sehen im Parteitag auch nicht ein wissenschaftliches Institut für politische Tiefseeforschung. (Heiterkeit.) **Wir sind eine politische Kampfpartei** und der Parteitag hat unsre Kampfeswaffen zu schmieden, zu stählen und zu schärfen, das ist seine Aufgabe! Es ist hier nicht unsre Aufgabe, mehr oder weniger tiefsinnige oder spitzfindige Betrachtungen und Untersuchungen darüber anzustellen, ob, wann, wo und wie vielleicht einmal das sozialistische Proletariat eine Koalition mit irgendeinem Teil oder Splitter einer bürgerlichen Partei eingehen könnte, ob also ein bürgerliches Feigenblatt einer proletarischen Diktatur denkbar und möglich sei oder nicht. Wir haben als praktische Politiker Stellung zu nehmen zu einer uns nur zu gut bekannten ganz konkreten Koalitionspolitik, über deren Charakter als Feigenblatt für die Diktatur der Bourgeoisie wir allesamt einig sind. (Lebhaftes Sehr richtig.) Deshalb sagen wir mit Goethe gegenüber all den „Freunden" von rechts und links: „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten!" Wir stehen mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Wirklichkeit und erklären rund heraus, offen und lapidar:

Wir lehnen die Koalitionspolitik ab.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Zur Rechtfertigung ihrer Koalitionspolitik verweisen die rechtssozialistischen Führer gern auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, durch die sie angeblich zu ihrer Koalitionspolitik gezwungen seien und die auch schuld seien an dem mageren Ergebnis dieser Koalitionspolitik. Bei einer solchen Argumentation verschweigt man zunächst, daß es vor dem 9. November 1918 bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung im Februar 1919 eine **revolutionäre Uebergangs- und Diktaturperiode** gegeben hat, die mit allem reaktionären Plunder hätte aufräumen müssen. Heute stimmt uns jeder rechtssozialistische Arbeiter zu, daß seine Partei damals versagt hat, daß wir Unabhängigen Sozialdemokraten recht hatten, als wir damals forderten, erst auf allen Gebieten gründlich Auskehr zu halten, vollendete Tatsachen und damit neues Recht zu schaffen durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats (Sehr richtig!) und dann erst eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen. Wäre das geschehen, hätten die Rechtssozialisten damals statt ihrer Kompromisselei mit der Generalität, Bureaukratie und Bourgeoisie treue Kampfgenossenschaft gehalten mit uns unabhängigen Sozialdemokraten, wäre damals die Einheitsfront des Proletariats zustandegekommen, dann wäre auch bei den Wahlen eine sozialistische Parlamentsmehrheit sicher gewesen.

Aber den Rechtssozialisten fehlte damals die Einsicht in die geschichtlichen und revolutionären Notwendigkeiten, ihnen fehlte der Mut, fehlte das Selbstvertrauen zu sich selbst als Partei und zum Proletariat als Klasse. Und aus dieser

Politik der Kleingeisterei und Angstmeierei

heraus paktierten sie damals mit dem Bürgertum und schufen so erst die Vorbedingungen für die Parlamentsmehrheit, auf die sie sich jetzt berufen für die Notwendigkeit ihrer Koalitionspolitik. (Sehr richtig!) Seien wir uns darüber klar, ein einheitliches sozialistisches Proletariat hätte in jenen ersten stürmischen Tagen der Revolution auch die christlichen Arbeiter vom Zentrum und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler von den Demokraten losgerissen. (Sehr wahr!) In unwiderstehlichem Elan hätte eine einheitliche sozialistische Bewegung einer Lawine gleich alle proletarischen Schichten mitgerissen und hätte die Volksmehrheit zu einer sozialistischen gemacht. Damit wäre die Bahn frei gewesen für die Fortsetzung der Diktatur des Proletariats in demokratischen Formen. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit in der Nationalversammlung und jetzt im Reichstag, sie war also nicht die Ursache, sondern sie war eine Folge der Kompromißpolitik der Rechtssozialisten mit den Bürgerlichen.

Aber auch nach der Wahl der Nationalversammlung bestand **die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung** und sie besteht nach meiner festen Ueberzeugung bis auf den heutigen Tag, wenn der revolutionäre Wille im ganzen Proletariat dazu vorhanden ist. (Sehr wahr!) Die bürgerlichen Parteien haben später in der Bildung des Kabinetts Fehrenbach die Demokratie und den Parlamentarismus nicht so formalistisch ausgelegt, wie es die Rechtssozialisten stets getan haben, daß sie nicht auch als Minderheit eine Regierung gebildet hätten. Damals hätten **die Massen kein bürgerliches Kabinett geduldet.** Ein sozialistisches Kabinett wäre trotz der bürgerlichen Parlamentsmehrheit nicht nur möglich gewesen, nein, vom revolutionären Standpunkt aus war es allein das, was von einem Sozialisten unter allen Umständen erstrebt und durchgeführt werden mußte. (Sehr wahr!) Aber auch als einheitliche und geschlossene Minderheit wären **die sozialistischen Parteien in der Opposition viel stärker** gewesen, hätten viel mehr durchsetzen können, als die Rechtssozialisten in der Koalitionspolitik durchgesetzt haben. Das gilt nicht nur für die erste Zeit der Revolution, das gilt bis auf den heutigen Tag.

Und wenn nun die Rechtssozialisten die Putsch-Taktik der Spartakisten und Kommunisten für die Erstarkung der Reaktion verantwortlich machen wollen, nun so wissen auch wir, welchen Anteil dieser Faktor an der Erstarkung der Reaktion hat. Aber auch hier verwechseln die Rechtssozialisten Ursache und Wirkung, denn die unselige Putsch-Taktik der Spartakisten und Kommunisten ist doch erst genährt und ausgelöst worden durch die Kompromiß- und Koalitionspolitik der Rechtssozialisten (Sehr wahr!), die allen revolutionären Notwendigkeiten aus dem Wege gingen. Von welchem Gesichtspunkt aus man als revolutionärer Proletarier auch die Koalitionspolitik betrachten mag, man muß zu ihrer Verwerfung kommen und kann nur bedauern, daß sie nicht bereits der Vergangenheit angehört.

Heute aber ist die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten der Hauptgrund, der das Proletariat spaltet, ist das Haupthindernis der Einigung des Proletariats.

(Sehr wahr!) Deshalb müssen wir diese Koalitionspolitik hier auch in ihrer Totalität erörtern.

Mir liegt wahrlich persönlich nichts ferner, als etwa durch Aufrollung eines Sündenregisters der rechtssozialistischen Partei den Gegensatz zu ihr zu verschärfen. Deshalb spreche ich hier auch absolut sachlich, ohne jede persönliche Spitze. Aber Parteigenossinnen und -Genossen, wir wissen seit Lassalle, „daß das erste Erfordernis zur Klärung einer politischen Situation darin besteht, auszusprechen was ist", die Tatsachen festzustellen und aus den Tatsachen die Politik zu orientieren. (Sehr gut!) Das allein ist das Motiv für meine Darlegungen über die Wirkung der Koalitionspolitik seit der Revolution. Ihre schädlichen Wirkungen spüren wir ja tagtäglich. Als Erzberger ermordet war, ging eine neue revolutionäre Welle durch Deutschland. Zentrum und Demokraten wurden zunächst mitgerissen. Als wir unabhängigen Sozialdemokraten aber politische Konsequenzen — nicht etwa für den Sozialismus — nein, nur zum Schutze der bestehenden demokratischen Republik forderten, da zogen sich zunächst Zentrum und Demokraten zurück. Und um sie als Blockbrüder nicht vor den Kopf zu stoßen, wurden nun auch die Rechtssozialisten wankend. Ja, ausgerechnet in dieser Situation warfen die Rechtssozialisten **das Görlitzer Sprengpulver** in die proletarische Einheitsfront hinein. (Sehr richtig!) die sich zu bilden begonnen hatte.

Was zeigt sich bei dem **Kampf um die Erfassung der Sachwerte?** Die Rechtssozialisten haben bisher nicht gewagt, mit uns gemeinsam den proletarischen Massendruck hinter diese Forderungen zu setzen, weil Demokraten und Zentrum die Forderung verwerfen und weil sie durch zu energisches Drängen die Koalition zu gefährden fürchten. (Sehr richtig!) Auch die Rückwirkung auf die Gewerkschaften ist eine **lähmende.** Die rechtssozialistischen Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nehmen fortgesetzt Rücksicht auf die rechtssozialistische Koalitionspolitik. Bisher hat unsre Partei allein und energisch den Kampf um die Erfassung der Goldwerte geführt. Und überall sind wir dabei auf die lähmende Wirkung gestoßen, die von der Sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aus **Angst vor dem Bruch der Koalitionspolitik** ausgegangen ist. (Sehr richtig!)

Dieselbe Erfahrung machen wir in der **Frage der politischen Amnestie.** Längst sind sich die Arbeiter auch der rechtssozialistischen Partei einig über die unabwendbare Notwendigkeit der Amnestie für die politischen Opfer des Märzputsches, die von einer barbarischen Klassenjustiz in Zuchthäuser und Gefängnisse gesteckt worden sind. Aber das Bürgertum hat Angst, daß eine Amnestie zu einem neuen Linksputsch ermutigen könnte. Dieser bürgerlichen Angstpsychose, deren Untergrund Haß und Rache gegenüber dem Proletariat sind (Sehr richtig!), geben die rechtssozialistischen Führer nach. Und auch sie lehnen die Amnestie ab und suchen mit Gnadenpflästerchen den Unmut in ihren eigenen Reihen zu dämpfen. **So überall Lähmung des Kampfwillens, Versandung aller Aktionen, Versumpfung der sozialistischen Bewegung und Aufrechterhaltung der Zersplitterung im Proletariat als Folge der rechtssozialistischen Koalitionspolitik.** (Sehr gut!)

Und darum auch die großen Schwierigkeiten, die sich der Einigung des Proletariats entgegenstellen. **Die Einigung des Proletariats,** das glaube ich in meinen einleitenden Darlegungen nachgewiesen zu haben, wird immer mehr in der nächsten Zukunft eine **zwingende Notwendigkeit.** Sie muß kommen und wird kommen, aber sie ist praktisch nur möglich, wenn die sozialistischen Parteien auf dem gleichen Kampfboden stehen. (Sehr richtig!) Solange die rechtssozialistische Partei in der Koalition mit kapitalistischen Parteien, mit Klassenfeinden des Proletariats verharrt, und so lange die Kommunistische Partei die Moskauer Putsch-Taktik anbetet, so lange ist die Einigung des Proletariats leider eine Unmöglichkeit. (Sehr wahr!) Erst wenn diese Parteien wieder zurückgekehrt sind auf den **Mutterboden des proletarischen Klassenkampfes,** den sie verlassen haben, erst dann sind die Vorbedingungen für die Einigung gegeben. (Sehr richtig!)

Gewisse Führerkreise der rechtssozialistischen Partei fassen die Einigung naiverweise als eine Frage auf, die sich mit der Zeit ganz von selbst lösen werde dadurch, daß alle Parteien links von den Rechtssozialisten sich auflösen würden, und daß dann die rechtssozialistische Partei von selbst die Erbin würde. Ueber diese Auffassung kein Wort! (Sehr richtig!) Andere rechtssozialistische Führer wünschen zwar recht bald eine Einigung von Partei zu Partei, wollen aber **die Koalitionspolitik nicht preisgeben.** Sie meinen, auch wir müßten doch anerkennen, daß es besser sei, einer der übrigen säße auf einem Ministersessel, als ein eingefleischter Reaktionär. Das kann in einem **Einzelfalle** und in einer bestimmten Situation richtig sein. Das trifft aber nicht den Kern des Koalitionsproblems. Beim Koalitionsproblem handelt es sich doch um die Frage der Machterweiterung und der Machtentfaltung des Proletariats, handelt es sich darum, mit welchen Mitteln der proletarische Klassenkampf am energischsten zu führen ist, um so schnell als möglich zum Sozialismus zu kommen. Diese rechtssozialistischen Genossen verkennen den **Urgrund der proletarischen Kraft.** Die Stärke des sozialistischen Proletariats besteht nicht darin, daß es teilnimmt an einer ohnmächtigen Reichsregierung (Sehr gut!), nein, die Kraft und Stärke des Proletariats besteht in seiner **Einheit und Geschlossenheit als Klasse.** (Stürmischer Beifall.) Das lehrt uns ja auch deutlich das **Beispiel unsrer österreichischen Genossen.** Als sie die Wehrmacht in ihren Händen gesichert wußten, den entscheidenden Einfluß des Proletariats gesichert hatten in Bezug auf die Verkehrsmittel, als sie der Gewißheit waren, daß ihre Position in der Regierung die Machtstellung des Proletariats nicht weiter stärken, sondern ihr eher schaden könnte, da haben die österreichischen Genossen die Regierung verlassen, um von außen her den entscheidenden Einfluß auszuüben auf die Politik. Sie sind formell nicht mehr in der Regierung, aber faktisch kann in Oesterreich nicht ohne, geschweige denn gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Und das deutsche sozialistische Proletariat ist heute, wenn es einig und geschlossen in Opposition steht, längst so stark, daß es dieselbe entscheidende Rolle zu spielen vermag. Es würde allen seinen Aktionen einen unwiderstehlichen Schwung verleihen und eine Anziehungs- und Werbekraft ausüben auf das ganze Proletariat, daß sehr bald die noch fernstehenden Schichten der Arbeiterklasse in den Bann des geeinten Sozialismus hineingerissen werden würden.

Von den Rechtssozialisten wird als Haupthindernis der Einigung bezeichnet unser Bekenntnis zur **Diktatur des Proletariats.** Jawohl, wir bekennen uns zur Diktatur des Proletariats, (Lebhafter Beifall.) zur Diktatur des Proletariats in dem Marxschen Sinne, daß die Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaftsordnung ist, daß beim Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus die Diktatur des Proletariats eine geschichtliche Notwendigkeit ist. (Sehr richtig!) Aber wer vorher noch nicht aufgeklärt war oder sein sollte, der kann doch nach dem Verlauf unsres Parteitags in Halle, nach den Titanenkämpfen, die unsre Partei in Halle mit der Moskauer Gewaltpolitik geführt hat, nicht im Zweifel sein, daß die USPD. nicht das Zerrbild der Diktatur des Proletariats als ihr Ideal ansieht, wie es der Bolschewismus in Rußland aufgerichtet hat. (Allseitiger lebhafter Beifall.) der muß wissen, daß wir

als Grundlage für das Parteileben und für das Leben in der Gesellschaft nach wie vor die Demokratie betrachten.

In der Praxis haben ja **die Rechtssozialisten selbst sehr oft Diktatur geübt,** leider meistens eine Diktatur **im reaktionären Sinne.** (Sehr richtig!) Gegen die eigene Klasse haben sie Diktatur geübt, denn was ist der Ausnahmezustand, den Ebert als Reichspräsident dutzendmal verhängt hat, anderes als eine Diktatur des Kapitalismus gegen das Proletariat? Was war der Noskekurs anderes? (Sehr richtig!) Das ganze Bürgertum schwärmt für die Diktatur, wenn sie sich gegen das Proletariat richtet. Die Ausnahmejustiz gegen die Märzopfer war ja die krasseste kapitalistische Klassendiktatur. In den ersten Revolutionstagen haben die Rechtssozialisten auf unser Drängen auch **die revolutionäre Diktatur des Proletariats** — leider nur wenige Tage — mitgemacht. Das freie Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Jahre an nach dem Verhältniswahlsystem und der Achtstundentag sind die kostbarsten Früchte dieser Diktatur. Und nun frage ich: Welcher rechtssozialistische Arbeiter könnte Gegner einer solchen Diktatur sein und könnte ihretwegen sich abhalten lassen von einer Vereinigung mit uns? (Ausgezeichnet!)

Die Sehnsucht im Proletariat nach der Einigung wächst, je stärker die Reaktion wird. An manchen Orten, wo aus lokalen Ursachen heraus sich keinerlei Differenzen zwischen den Arbeitern der verschiedenen sozialistischen Parteien ergeben, wird die Zersplitterung besonders bitter und schmerzlich empfunden. Einig und geschlossen könnten die Arbeiter dort die herrschende Macht am Orte sein, könnten Veranstaltungen abhalten, die sie alle mit Freude und Stolz erfüllen würden. Aber in drei Parteien gespalten, fühlen sie sich zur Ohnmacht verdammt. An solchen Orten haben sich deshalb bereits Aktions- und Arbeitsgemeinschaften zwischen den sozialistischen Parteien gebildet. In Kommunen und Landtagen wird zusammen gearbeitet. In Sachsen, Thüringen und Braunschweig haben im letzten Jahre unsre Genossen **mit den Rechtssozialisten eine gemeinsame Regierung gebildet** auf Grund sozialistischer Parlaments- und Wählermehrheiten. Ich betone mit allem Nachdruck und bin überzeugt, der ganze Parteitag wird mir zustimmen: Ueberall, wo das Proletariat, gestützt auf die eigne Kraft, solche Positionen erobern und halten kann, dort muß es das tun. (Sehr richtig!) Und es muß auch versuchen, trotz aller Differenzen in jedem Augenblick das **mögliche Maximum an Einheit in den Aktionen** zu verwirklichen. So wird sich dann allmählich die Atmosphäre vorbereiten, aus der die Wiedervereinigung mit zwingender Notwendigkeit erwachsen muß.

Ist die Zeit reif dafür, dann muß hüben wie drüben alle kleinliche Empfindlichkeit und Ketzerrichterei unterbleiben. Kein Reuebekenntnis, kein Kotau, kein Zurückstellen, keine Personenfragen, sondern **mit vereinten Kräften vorwärts!** Die geeinte Bewegung wird von selbst ausscheiden und abstoßen, was ihren Fortgang hemmt! Das sage ich unsern eigenen Genossen, das sage ich aber auch nach rechts und links außerhalb unsrer Partei. Und wo sich deshalb jetzt noch Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der rechtssozialistischen Partei und der kommunistischen Partei gegenübertreten, überall sollten sie sich bewußt sein, **Wir sind Parteigenossen von übermorgen!** (Sehr richtig!) **Der Druck des alles unterjochenden Weltkapitalismus wird uns wieder zusammenschweißen!** (Sehr gut!) **Im Kampfe um unsre Klasseninteressen wird sich die Einigung vollziehen.** (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Wenn ihr wieder zurückkehrt **vom Parteitag: organisiert den Kampf im ganzen Lande, verständigt** euch überall mit euren Klassengenossen in den Bruderparteien und in den Gewerkschaften über die Aktion. **Stellt die** bekannten **10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa,** die sich inhaltlich decken mit unsern eigenen Forderungen, in den Vordergrund. (Sehr richtig!) Laßt einen Sturm durchs Land gehen, vor dem sich die steuerscheuen und volksfeindlichen Junker und Kapitalisten beugen müssen. (Lebhafter Beifall.) Das neue Jahr wird nicht minder ein Jahr des Kampfes sein als das alte Jahr. Alle Zeichen weisen darauf hin!

In diesem Kampfe muß unsere Partei Führerin und Bannerträgerin sein. Klar und scharf haben wir die Klassenforderungen des Proletariats zu vertreten und in den Vordergrund zu stellen. (Sehr wahr!) Gegen alle Abirrungen nach rechts oder links müssen wir immer wieder den geraden Weg zeigen. Im gemeinsamen Kampf um die gemeinsamen Ziele erstarkt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, **entsteht von unten auf im Tageskampfe die proletarische Einheitsfront, die zur Einigung führen muß.** Befreit von den Fesseln der Koalition mit kapitalistischen Parteien, frei von den Lockungen abenteuerlicher Gewaltpolitik wird das Proletariat sehr bald die Kraft und Geschlossenheit gewinnen, die es unwiderstehlich macht.

Dann ist es vorbei mit dem unseligen Bruderkampfe, mit der Zersplitterung und Ohnmacht unsrer Tage. (Lebhafter Beifall.) Dann sind dem Simson Proletariat die Locken der Kraft wieder gewachsen. Dann durchströmt neuer Mut und neue Siegeszuversicht die Herzen aller Proletarier

in der wiedererstandenen geeinten, geschlossenen sozialistischen Partei,

deren geschichtliche Aufgabe es dann sein wird, wahrzumachen, was das deutsche Proletariat 1918 wahr zu machen leider unterlassen hat, das herrliche Dichterwort Ferdinand Freiligraths:

Wir sind die Kraft, wir hämmern jung
Das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind
Bis jetzt das Proletariat!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend, Sekretariat: Breite Str. 8–9. Zentrale. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet eine außerordentlich wichtige Zentralvorstandssitzung statt, **nicht** am Dienstag. Sämtliche Gruppen müssen vertreten sein. — Donnerstag, abends 6 Uhr, Sitzung der Zentrale mit der Anstellungsprüfungskommission. — Zeitungen für Juni sind abzuholen. — Die Gruppen müssen Sonnabend das Material abrechnen. — Fragebogen sind einzusenden. — Alle Gruppen müssen Wochenprogramme bis zum Donnerstag jeder Woche in der Zentrale abgeben. — **Rüstet für die Sonnenwendfeier am 24.–25. Juni in den Gosener Bergen! Teilnehmerkarten zu Mk. 1.— sind abzuholen!** — Sonntag, den 18. Juni, 9 Uhr vormittags, findet in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8–9, die Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Zusammenarbeit der Jugendorganisation, 3. Die Arbeit auf dem Lande, 4. Kindergruppen, 5. Wahl der Zentrale, a) des Sekretärs, b) der Bezirksleitung, 6. Verschiedenes. Alle Gruppen müssen unbedingt vertreten sein. Auf je fünfzig Mitglieder entfällt ein Delegierter. — Am 17. Juni demonstrieren die Arbeiter-Sportler Groß-Berlins gegen die Reaktion, gegen die reaktionäre nationalistische Hetze, gegen jede offene oder versteckte Militarisierung für die Zwecke der Bourgeoisie, aus Anlaß der vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen veranstalteten „Deutschen Kampfspiele". Die Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Berlins beteiligt sich geschlossen daran. Banner und Fahnen sind mitzubringen. Folgende Treffpunkte sind angesetzt: um 5 Uhr: Friedrichshain (am Märchenbrunnen), Humboldthain (Gustav-Meyer-Allee), Kleiner Tiergarten (Stromstraße), Hallesches Tor (Blücherplatz), Hermannplatz (Neukölln), Görlitzer Bahnhof (Spreewaldplatz), Bahnhof Frankfurter Allee. — **Agitationsbezirke:** Nordosten: Der Uebungsabend des Gesangchors fällt in dieser Woche aus. — Osten: Freitag, Vortrag im Jugendheim Lichtenberg, Dossestraße 22, 7½ Uhr. Alle Gruppen müssen vertreten sein. — Sonntag, 18. Juni. Sämtliche Gruppen müssen sich diesen Tag freihalten. Alles Nähere wird durch die Bezirksleitung und „Freiheit" bekanntgegeben. — **Gruppenveranstaltungen:** Norden: Montag und Mittwoch Spielen im Friedrichshain; Freitag, Christburger Straße 14, Gruppenabend Berlin-Mitte (Rosenthaler Vorstadt). Mittwoch Spielen auf dem ehemaligen Exerzierplatz; Freitag, Schule Gipsstraße 23a, 7 Uhr, Vortrag des Genossen Krämer: „Die Entstehung der Erde."; Sonntag, 18. Juni, Wanderung. — Prenzlauer Berg: Sonntag, 11. Juni, Agitationsfahrt nach Schönfeld. Treffpunkt 5 Uhr früh, Bahnhof Schönhauser Allee, Eingang Schönhauser Allee. Erscheinen ist unbedingt notwendig. Montag und Mittwoch Spielen auf dem Exerzierplatz; Dienstag, Tagung der Abstinenten und Antinikotiner; Freitag, Vortrag, Schule Schwedterstraße 7. — Pankow: Sonntag, 11. Juni, Treffpunkt zur Agitationsfahrt nach Schönefeld, morgens ½6 Uhr, Berliner-, Ecke Mühlenstraße (Häuschen); Montag, Beteiligung am Spielen auf dem Exerzierplatz; Mittwoch, kein Gruppenabend; Freitag, Vortrag über Wanderungen. — Rosenthal: Dienstag, Literarischer Abend. — Osten: Montag, Mittwoch, Spielen im Friedrichshain; Dienstag, Funktionärsitzung bei Sabath, Schreinerstraße 12, 7 Uhr; Freitag, Beteiligung am Vortrag in Lichtenberg. Treffpunkt 7 Uhr, [illegible]. — Erkner: Donnerstag, Zusammenkunft bei Gubela, Friedrichstraße 7. — Lichtenberg: Jugendheim, Dossestraße 22, 7½ Uhr; Montag, Diskussionsabend; Mittwoch, Heiterer Abend; Freitag, Vortrag. — Cöpenick: Dienstag, bei Pfingbeil, Grünauer Straße 70, Unterhaltungsabend. — Reinickendorf-West: Auguste-Viktoria-Allee 17: Montag, Liederabend; Mittwoch, Spielen im Freien, hinter der Segenskirche; Freitag, Diskussionsabend; Sonntag, 18. Juni, Wanderung. — Wilmersdorf: Zusammenkunft im Sporthaus der „Freien Turnerschaft", Württembergische-, Ecke [illegible] Straße: Montag, „Was ist Kultur?". — Westen: Baugewerkschule, Kurfürstenstraße 141: Dienstag, Sitzung fällt aus; Freitag, „Das Wesen der Kunst". — Moabit: Krüger, [illegible]straße 10: Dienstag, Vortrag: „Die Entwicklung der Gewerkschaften", jeden Freitag Spielnachmittag in der Jungfernheide. — Südosten: Sonntag, 11. Juni, Gruppenfahrt nach Schönefeld bei Zossen; Dienstag, Schule Wrangelstraße 128, Vortrag; Donnerstag, Spielen in Treptow, Wiese 11, Treffpunkt ½7 Uhr, Schlesisches Tor. — Adlershof: Jugendheim, Bismarckstraße 12, Hinterhaus eine Treppe; Dienstag, Vortrag: „Das Wandern"; Mittwoch, Spiele im Freien; Sonntag, 18. Juni, Einweihungsfeier des neuen Jugendheims. — Baumschulenweg: Sonntag, 11. Juni, Wanderung nach [illegible]; Mittwoch, 7 Uhr, Vortrag: „Aus der Gewerkschaftsbewegung"; Sonnabend, 17. Juni, 5½ Uhr, Funktionärsitzung, 7 Uhr, Reigenabend.

Groß-Berlin

Bier-Politik

Wer Sorgen hat, den soll man sanft behandeln.

Darum sind auch immer meine Sympathien mit solchen Leuten.

Unlängst saß ich in der Stadtbahn zwei sehr Sorgenvollen gegenüber und aus ihren Gesprächen erkannte ich, wie grausam und groß die Sorgen sind, die ihnen an den Geldbeutel greifen.

Nach ihren entschlossenen Worten und entschiedenen Gebärden schätzte ich sie in die Kategorie jener Bürger ein, die noch immer morgens und abends beten: Kaiser Wilhelm kehre wieder, es ist dir alles verzieh'n!

Sie trauerten über die ungeheure Teuerung im allgemeinen und ihre Tränen galten den heillos hohen Bierpreisen im besondern.

„Vor ein paar Tagen“, so erzählte der eine, „war ich in einem Lokal im Grunewald und bestellte mir arg und ahnungslos ein Glas helles Bier. Was soll ich Ihnen sagen, forderte mir der Kellner doch für die zwei Schluck Bier, mehr ist ja in solchem Glas nicht drin, sieben Mark und siebzig Pfennig ab!“

„Das ist ja unerhört“, bestätigte der andere. „Aber natürlich, das wagen sie auch nur im Grunewald, wo unsereins verkehrt. Im Osten, oder im Norden, wo die Arbeiter sitzen und saufen, da werden sie sich hüten, solche unverschämten Preise zu fordern. Das ist ja eben unser Unglück, daß heute der Arbeiter überall verwöhnt und bevorzugt wird.“

„Gewiß, gewiß, Sie haben ganz recht, die Sache ist nämlich so, ich habe mir das von einem Sachverständigen erklären lassen: Es gibt heute vier verschiedene Tarife für Bierpreise. In den Kneipen mit Musik ist das Bier am teuersten. Dann kommen die Kneipen, die einen, oder mehrere Kellner beschäftigen und dann die Ausflugslokale. Am billigsten ist das Bier in den kleinen Kneipen ohne Kellner.“

„Na also, das bestätigt doch nur, was ich vorhin behauptet habe. In den Stampen und Destillen, die ausschließlich vom Arbeiterpublikum frequentiert werden, da gibt es das billigste Bier. Nun, sagen Sie selbst, ist das nicht eine schreiende Ungerechtigkeit?! Dabei ist doch bekannt, daß diese Kerle das meiste Geld haben und ständig in den vergualmten Stampen zu finden sind, während unsereins sich höchstens am Sonntag ein paar Glas Bier leistet.“

Ich war über die schweren Sorgen dieser braven Bürger so erschüttert, daß ich schwieg und nicht wagte, in aller Bescheidenheit zu betonen, daß doch wohl ganz andere Gründe für die Staffelung der Bierpreise maßgebend sind, als die Bevorzugung der Arbeiter.

Immerhin war mir diese Bier-Politik ganz außerordentlich belehrend.

Jetzt wußte ich erst, wie schwer es ist, die soziale Frage zu lösen und wie alle diese Bemühungen gelähmt werden, na eben durch die schier unerträgliche Bevorzugung der Arbeiter.

Und ich erkannte klar, daß der fromme Bürger die Republik verfluchen muß, die ihm das Bier so verteuert.

P. P.

Die Not der Alt-Pensionäre

Die Alt-Pensionäre der Straßenbahn und deren Witwen erhalten trotz der Ungunst der Zeit bisher immer noch nur nach dem Maßstabe der Vorkriegszeit ihre Pension zugemessen, abgesehen von besonderen Unterstützungen, die aber nur den Allerärmsten von ihnen auf besonderes Ansuchen von Fall zu Fall bewilligt werden. Die Pensionen betragen zwischen 30—80 Mark, bei einigen wenigen 150 Mark und bei den Witwen gar nur zwischen 9—30 Mark, einige von ihnen beziehen 60 Mark im Durchschnitt für den Monat.

Den durchaus gerechtfertigten, wiederholten Bitten der Alt-Pensionäre um eine Erhöhung ihrer Pension ist der Magistrat endlich in etwas nachgekommen. Nicht so aber hat der Magistrat dem, von dem Stadtverordneten Dr. Weyl kurz vor Weihnachten 1921 eingebrachten dringlichen Antrag: Jedem Alt-Pensionär der Straßenbahn unterschiedlos eine einmalige Beihilfe von 1000 Mark zu gewähren, zugestimmt, trotzdem die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung vom 20. Dezember 1921 den Antrag einstimmig angenommen und zugleich bestimmt hatte, daß der Betrag sofort ausgezahlt werden sollte. Diesem Beschluß ist der Magistrat nicht beigetreten, so daß die Alt-Pensionäre der Straßenbahn bis heute noch nicht in den Besitz jener 1000 Mark gelangt sind und auch nicht gelangen sollen, weil ihnen bereits eine Weihnachtszuwendung von 300 Mark gemacht worden sei. In diesem Sinne hat die Stadtverordneten-Versammlung dem Verband der Alt-Pensionäre auf eine diesbezügliche Anfrage letzthin eine schriftliche Antwort gegeben. Der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtbaurat Dr. Adler, hat aber diesen Umstand in der betreffenden Stadtverordneten-Sitzung, als er gegen den Antrag sprach, nicht unerwähnt gelassen. Wenn die Stadtverordneten trotzdem die 1000 Mark gewährt haben, hat der Magistrat wohl kein Recht, den Stadtverordneten-Beschluß ohne weiteres beiseite zu lassen. Die Alt-Pensionäre klagen uns, daß sie der 1000 Mark dringend bedürftig sind, denn sie hungerten schon darauf, zu groß seien die Schulden, die sie haben machen müssen, und schon zu weit sei ihr bißchen Hab und Gut zusammengeschmolzen. Das erscheint uns als ernste Wahrheit wenn wir uns die geringen Pensionssätze ansehen, die die alten Leute über den Krieg hinweg bis heute bezogen haben. Die Alt-Pensionäre wollen sich nun beschwerdeführend an den Oberpräsidenten wenden. Ferner hat die Stadtverordneten-Versammlung den Alt-Pensionären schriftlich mitgeteilt, daß die bedürftigen Alt-Pensionäre mit den Neu-Pensionären gleichgestellt werden sollen, und zwar soll diese Gleichstellung im einzelnen und nach vorher geprüfter und anerkannter Bedürftigkeit durch die Straßenbahn-Verwaltung erfolgen dergestalt, daß die Abstufung der Pension nach dem Grade der Bedürftigkeit erfolgt. Mit letzterem sind die Alt-Pensionäre aber nicht einverstanden; sie wenden ein, daß sie nun wieder, wie es bisher schon hinsichtlich der außerordentlichen Unterstützungen der Fall ist, auf den Bittweg — sie nennen es Bettelweg — verwiesen werden, bei dem der Ungerechtigkeit und der Willkür, der Lüge und der Verstellung Tür und Tor geöffnet sei. Sie wollen auch nicht, wie es in der Absicht der Straßenbahn liegen soll, daß man einem Teil von ihnen von ihrer Pension etwas nimmt und es einem anderen Teil gibt, weil dadurch nur Unfrieden, Zank, Streit, Hader, Aufpasserei und Angeberei, nicht minder auch Günstlingswirtschaft unter den Alt-Pensionären erzeugt werden. Ganz besonders wollen sie es aber nicht weil bei den Neu-Pensionären eine solche Maßnahme nicht Platz greift.

Wir verlangen vom Magistrat, daß er dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Rechnung trägt und angesichts der unbestrittenen Notlage nicht auf Kosten dieser Aermsten zwecklos spart.

Arbeiter-Bildungsschule

Verbands-Bildungskommission. Das Büro in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, ist bis zum 1. Juli nur Dienstag, Donnerstag und Freitag, abends von 5 bis ½8 Uhr, geöffnet.

*

Proletarische Feierstunden. Die Karten zu den Feierstunden am 9. Juli müssen Montag vom Büro abgeholt werden. Am Montag, den 26. Juni, müssen die Karten zu der Vorstellung abgerechnet werden beim Genossen Balzer in der Bibliothek, abends 5 Uhr.

*

Die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule ist geöffnet jeden Dienstag und Donnerstag, abends von ½6 bis ½8 Uhr. Sie steht allen Genossen und Genossinnen sowie den Mitgliedern der sozialistischen Proletarierjugend unentgeltlich zur Verfügung.

Jugendweihe

Am 10., 17., 24. September und 1 Oktober finden die von der Arbeiter-Bildungsschule im Großen Schauspielhause veranstalteten Jugendweihen statt. Anmeldungen hierzu können sofort an folgenden Stellen geschehen:

Zentrum: Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9;

Norden: Restaurant Barleben, Burgsdorfstraße;

Norden: Huthaus Monopol, Müllerstraße 166, am Bahnhof Wedding;

Norden: Spedition Gliesche, Pankstraße 60;

Norden: Spedition Lohmann, Hussitenstraße 43;

Norden: Restaurant Hoffmann, Lychener Str. 8;

Osten: Restaurant Wittschuß, Petersburger Straße 5;

Südosten: Otto Loose, Liegnitzer Straße 19;

Süden: Stiller, Urbanstraße 129, v. 3 Tr.;

Charlottenburg: Else Wiegmann, Kurfürstendamm 52, pt.

Bei der Anmeldung sind 3 M. Einschreibegeld zu zahlen.

Elternbeiratswahlen

Weißensee. Die Elternbeiratswahlen am Realgymnasium und am Lyzeum finden am Sonntag von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags statt. Pflicht aller Genossinnen und Genossen, welche dort Kinder in genannte höhere Schulen schicken, ist es, bestimmt an der Wahlurne zu erscheinen und die „freiheitliche“ Liste zu wählen.

Elternbeiratswahl Luisenstädtisches Gymnasium. Wahlzeit 9—3 Uhr. Alle sozialistischen Eltern stimmen für die „freiheitliche“ Liste!

Das „Nestbauen“ im Walde durch Wandervögel und andere Ausflügler das früher nur vereinzelt zu beobachten war, artet immer mehr zu einem groben Unfug aus und wirkt geradezu epidemisch. Nicht nur Jugendliche, auch ganze Familien beteiligen sich an diesem Waldunfug. An manchen Stellen sieht man solche Nester von mehr als einem halben Meter Höhe und 6—8 Meter Umfang gleich zu Dutzenden. Rücksichtslos werden von den Waldbäumen alle erreichbaren Zweige abgehauen und im Kreise aufgeschichtet. Vielfach nimmt man aus gefällten und zu Raummetern geordnetem Holz die Stämme heraus, um damit den Nestbau zu befestigen. Hier schlafen diese Ausflügler gewöhnlich nur eine Nacht und überlassen dann den Zweighaufen dem Verdorren. Andere Ausflügler wollen nicht das verlassene meist mit Unrat gefüllte Nest benutzen, und bauen sich ein neues. Die von den Forstarbeitern behauenen, einen Meter langen Hölzer können sie wegen ihrer Schwere nicht mitnehmen. Sonst würden sie es sicher tun. Mühsam müssen die Forstarbeiter die Hölzer wieder zusammensuchen und erneut aufrichten. Ganze Baumstämme, die von den Holzablagestellen durch Freibadende entwommen sind, sieht man weit von der Lagerstelle entfernt im Wasser treiben, bis sie von irgendwem als Strandgut gekapert werden. Es ist daher begreiflich, wenn die Forstverwaltungen nunmehr angewiesen sind, gegen die unverantwortlichen Verwüstungen mit der größten Strenge vorzugehen. Protestiert die Bevölkerung gegen das Abholzen ganzer Waldteile, so hat sie auch die Pflicht, die Wälder gegen Naturrohlinge zu schützen.

Verlegung der Volksbücherei in Britz. Die Zweigstelle der Neukölner Volksbücherei in Britz ist jetzt in das Erdgeschoß des Rathauses (Eingang durch die Steuerkasse) verlegt worden. Der Zugang ist bequemer, der Raum größer und ansprechender als vorher. Der Bestand ist in letzter Zeit wieder vermehrt worden. Mehrere Bücher über Garten- und Tierzucht, die bei der Britzer Bevölkerung sicher besonderes Interesse finden, sind eingestellt worden. Ebenso sind einem Wunsche aus Elternbeiratskreisen folgend einige Bücher über Gemeinschaftsschule und Gemeinschaftskunde angeschafft worden. Auch die Bitte der Britzer Jugendvereinigungen, die Bücherei für Jugendliche vom 14. Jahre an zugänglich zu machen, wird in Kürze erfüllt werden.

Die Beratungen des Etatsausschusses gehen in außerordentlich schleppendem Tempo vor [illegible] Bisher sind nur die Etatskapitel Steuern, Wohlfahrt, Jugend- und Gesundheitswesen, zum Teil auch noch unvollständig erledigt. Ab Montag werden daher täglich 2 Sitzungen stattfinden. Im Laufe der Woche sollen die städtischen Werke, Güter und Straßenbahnen behandelt werden. Für die Plenarberatung sind der 27. bis 29. Juni vorgesehen, da bis zum 1. Juli der Etat fertiggestellt sein muß.

Erneute Abnahme der Steuermarken für 1921. Wer seine Steuermarken oder die Bescheinigungen über den Lohn- oder Gehaltsabzug für 1921 in der Zeit von 1. März bis zum 30. April d. Js. nicht hat abliefern können, kann diese Ablieferung in der Zeit vom 15. bis 30. Juni nachholen. Die Bezirksämter werden öffentlich bekanntgeben, ob die Abnahme in den städtischen Steuerkassen oder in besonders zu errichtenden Annahmestellen erfolgt und zu welchen Zeiten diese Dienststellen geöffnet sein werden. Es wird darauf hingewiesen, daß zur glatten Abfertigung sowohl die Veranlagung für 1920 als auch das Steuerbuch für 1922 mitzubringen und vorzuzeigen sind. Die zu den Finanzämtern Gesundbrunnen, Steglitz und Groß-Lichterfelde gehörigen Stadtbezirke und Ortsteile werden durch diese Bekanntmachung nicht betroffen, da dort die Markenabnahme durch die Reichsfinanzkassen erfolgt.

Beirug beim Bezug von Erwerbslosenunterstützung. Das Schwurgericht beim Landgericht I Berlin hat den Bürstenmacher und Anstreicher P. am Elisabethufer in Berlin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wegen schwerer Urkundenfälschung, durch die er einem Dritten zum betrügerischen Bezuge von Erwerbslosenunterstützung verhalf. Der dritte kam mit einer höheren Geldstrafe davon.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten steht im Verhältnis zur Größe der menschlichen Ansiedlungen. Je größer die Städte sind, desto höher ist die Prozentzahl der Kranken. In Bezirken mit vorwiegender Landbevölkerung und besonders in den kleinsten Landgemeinden traten noch bis vor wenigen Jahren kaum Geschlechtskrankheiten auf. Leider sind durch den größeren Austausch von Stadt- und Landbevölkerung auch dort die Verhältnisse wesentlich ungünstiger geworden. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bedeutet daher jetzt nicht mehr eine Aufgabe für die Städte, sondern in gleicher

Billige Sonderangebote für die Reise!

Kinder-Schnürstiefel schwarz echt Chevreau, sehr bequeme und sehr rationelle Form. Aussergewöhnlich preiswert ..... Grösse 18-27 **58.00**

Kinder-Turnschuhe grau und schwarz Segeltuch, mit prima Chromledersohlen. Besonders praktisch u. preiswert. Grösse 31-35 85,00, Grösse 27-30 **75.00**

Kinder-Halbschuhe Ia weiss Leinen, z. Schnüren, Derbyschn., bequeme Form, erstkl. Verarbeit. Grösse 31-35 149,00, 27-30 129,00, 25-26 119,00, 23-24 **98.00**

Kinder-Schnürstiefel Ia weiss Leinen, mit Derbyschn., naturgem. breite Form, extra starke Lederschle, erstklassige Verarbeit. Gr. 31-35 138,00, 27-30 **118.00**

Segeltuch-Schnürschuhe mit angegossener Gummisohle, für Sport u. andere Zwecke geeignet, in Braun, Schwarz, Grau u. Weiß, Selt. Gelegenheit spottbillig. Gr. 44-47 138,00, 36-43 113,00, 29-35 88,00, 20-28 **72.00**

Damen-Halbschuhe braun echt Boxkalf, Pumps, kurze moderne Form, m. kleiner Lederschleife, eleganter Absatz. Soweit Vorrat **390.00**

Damen-Halbschuhe braun echt Chevreau, mit Lasche und Riegel, sowie zwei Knöpfen, extra leicht, elegante Verarbeitung..... **475.00**

Rindleder-Sandalen genarbt, durchgen., starke Leders. u. Abs. Fl., vorz. Qual., bill. Gr. 43-46 245,00, 39-40 225,00 36-38 198,00, 34-35 175,00, 31-33 159,00, 29-30 139,00, 27-28 125,00, 25-26 109,00, 23-24 **98.00**

Herren-Schnürstiefel prima Rindboxcalf, mit Besatz und Derbyschnitt, sehr elegante moderne Form. Aussergewöhnlich billig **390.00**

Herren-Halbschuhe braun echt Boxkalf, elegante, bequeme Form, mit Derbyschnitt, Original Goodyear-Welt. Aeusserst preiswert **590.00**

Damen-Leinenschuhe weiss, mit Spange, starke strapazierfähige Lederabsatz, kurze moderne Form. Aussergewöhnlich billig **72.00**

Damen-Halbschuhe Lasting, Zug- und Schnürschuhe, mit Ledervorderkappe, starken Ledersohlen und Absatz. Aeusserst preiswert **168.00**

Damen-Leinenschuhe mit Spange, in den elegantesten und modernsten Formen sowie Absätzen. Aussergewöhnlich billig **189.00**

Damen-Leinenschuhe prima weiss Leinen, zum Schnüren, auch mit Spange, die allerneuesten und modernsten Formen und Absätze **198.00**

Stiller

Weise für das ganze Land. Dazu ist vor allem Aufklärung nötig über all das Siechtum und Elend, die das Gefolge dieser Krankheiten bilden. Dies ist der Zweck der Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die zurzeit in Berlin, Hasenheide 13—15 im Vergnügungspalast Groß-Berlin gezeigt wird und die bis zum 22. Juni geöffnet bleibt.

Rechtsauskunftsstelle. Mit Zustimmung des Bezirksamts Prenzlauer Berg ist vom 8. d. M. ab im Verwaltungsgebäude Danziger Straße 61/63, Vorderhaus 2. Stock, Zimmer 7, vom Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft E. V. in Groß-Berlin für die minderbemittelte Bevölkerung eine unentgeltlich tätige Rechtsauskunftsstelle errichtet worden. Sprechstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von nachmittags ½5 bis ½8 Uhr.

Der Obstwucher. Die Werderschen, die sich durch den Obstbau „gesund" gemacht haben, verlangen für ihre Ware: Kirschen und Stachelbeeren solche enorm hohen Preise, daß es endlich einmal an der Zeit wäre, gegen diese unerträgliche Ausbeutung der Berliner durch die „Werderschen" kräftig Front zu machen, und zwar schon deshalb, weil sich andere nach dieser unerhörten Preistreiberei zu richten pflegen.

Raubüberfall am hellen Tage. Der 22jährige Arbeiter Karl Becker aus der Koppenstraße 87 überfiel gestern Vormittag gegen 10 Uhr Frau Auguste Gusa vor dem Hause Koppenstraße 26 und entriß ihr ein Kuvert mit 10 000 Mark Inhalt, nachdem er sie zu Boden geworfen hatte. Der Bursche flüchtete darauf nach seinem Wohnhause, wurde aber verfolgt und von einem Beamten der Schutzpolizei festgenommen. Man übergab den Straßenräuber der Kriminalpolizei.

Opfer der Arbeit. Bei einer Kranarbeit in der AEG. verunglückte der Arbeiter Willy Sielaff tödlich.

Leichenfund. Der am zweiten Pfingstfeiertag beim Baden im Müggelsee ertrunkene Arbeiter Fitzner wurde vorgestern von Zivilpersonen als Leiche bei der Bootstation Müggelsee geborgen. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie zur Leichenhalle in Friedrichshagen überführen.

Beim Baden ertrunken. Der 12jährige Felix Neumann ertrank unmittelbar am Britzer Hafen. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Berliner Bühnenspielplan

Vom 11. bis 18. Juni.

Volksbühne: 11., 13., 16. Der Verschwender. 14. Masse Mensch. 12., 17. Der Traum ein Leben. 15. Die Ratten. — **Opernhaus:** 11. Meistersinger. 12. Der Schatzgräber. 13. Bohème. 14. Violetta. 15. Ritter Blaubart. 16. (Auß. Abonn.) neueinstudiert Carmen. 17. Der Rosenkavalier. 18. Carmen. 30 Turandot Arlecchino. — **Schauspielhaus:** 11., 12., 17. u. 18. Napoleon. 13., 16. u. 19. Peer Gynt. 14. Der Kronprinz. 15. Lumpazivagabundus. — **Deutsches Theater:** Potasch u. Perlmutter. — **Kammerspiele:** Batermord. — **Lessing-Theater:** Fuhrmann Henschel. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 11. Tannhäuser. 12. Rigoletto. 13. Zigeunerbaron. 14. Tosca. 16. Tristan u. Isolde. 16 Jugend. 17. Der fliegende Holländer. 18. Oberon. — **Schiller-Theater:** Charleys Tante. — **Gr. Schauspielhaus:** Die versunkene Glocke. — **Neues Volks-Theater:** 11., 13., 15., 17. Sancher Alois. 12., 14., 16 Heuchler. — **Die Tribüne:** Der Tyrann. Die Unschuldige. Variete. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die erste Nacht. — **Komödienhaus:** Gretchen. — **Berliner Theater:** Madame Flirt. — **Trianon-Theater:** Moral. — **Residenz-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Zentral-Theater:** Die Mädels von Davos. — **Komische Oper:** Der Meister von Montmartre. — **Lustspielhaus:** Der Werwolf. — **Metropol-Theater:** Die Bajadere. — **Neues Operettentheater:** Casanovas Sohn. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu. — **Theater am Nollendorfplatz:** Verliebte Leute. — **Theater des Westens:** Elga. — **Kleines Theater:** Ballett Cello de Rheidt. — **Wallner-Theater:** Die beiden Nachtigallen. — **Walhalla-Theater:** Das Gasthaus zur Liebe. — **Rose-Theater:** Berlin. Wien, Konstantinopel. — **Intimes Theater:** Die Peitsche und ...? Besuch im Bett. Lauf doch nicht immer nackt herum. Doppelt besetzt. — **Theater am Kurfürstendamm:** Der schwarze Pierrot. — **Neues Theater am Zoo:** Scampolo.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** Die Ratten. — **Deutsches Theater:** Kabale u. Liebe. — **Deutsches Opernhaus:** 11. Hoffmanns Erzählungen. 18. Zigeunerbaron. — **Schiller-Theater:** 11. Wintermärchen. 14. Wilhelm Tell. — **Gr. Schauspielhaus:** 11. Judith. **Neues Volks-Theater:** 11. Heuchler. — **Wallner-Theater:** 11. Carmen.

Parteiveranstaltungen

Arbeiter heraus!

Antinationalistische Demonstration in Altglienicke.

Zur Gegendemonstration gegen die in Altglienicke geplante patriotisch-militärische Parade trifft sich die Arbeiterschaft sowohl von Altglienicke als der benachbarten Orte um 1½ Uhr nachmittags an der Kanalbrücke an der Cöpenicker Straße in Altglienicke. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es die Pflicht jeden klassenbewußten Arbeiters ist, dem es Ernst ist mit der gebührenden Zurückweisung der nationalistischen Provokationen, zur rechten Zeit am Platze zu sein.

---

9. Distrikt. Voranzeige: Am 18. Juni findet das Waldfest in der Jungfernheide statt. Teilnehmerkarten sind zu haben bei Kroll, Utrechter Straße 21, bei Liwowsky, Seestraße 10[illegible], und allen Funktionären. Um rege Beteiligung ersucht die Bildungskommission.

Montag, den 12. Juni.

3. Distrikt. Mitte. Abends 7½ Uhr, bei Doms, Schlegelstraße 9. Funktionärkonferenz.

13. Distrikt. Abends 7 Uhr Distriktskonferenz bei Gliesche, Kopenhagener Straße 72.

15. Distrikt. Abends 7 Uhr, Distriktskonferenz bei Ballentin, Kraut-straße 36. Bericht des Genossen Franke vom Stein-Vortrag.

18. Distrikt. (Kreuzberg.) 7½ Uhr, Funktionärkonferenz, Alte Jakobstraße 24.

19. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr, Funktionär-Konferenz bei Rabe, Fichtestraße 29.

19. Distrikt. (Kreuzberg.) 2. Abteilung. Bezirksführer und Stellvertreter treffen sich vor Stattfinden der Distriktsfunktionärsitzung am 6 Uhr pünktlich und vollzählig bei Reichelt., Fidicinstraße 44.

19. Distrikt. (Kreuzberg.) Abends 7 Uhr, Funktionärversammlung bei Rabe, Fichtestraße 29.

20. Distrikt. (Kreuzberg.) Abends 7 Uhr, Distriktskonferenz im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147.

5. Verwaltungsbezirk. 17. Distrikt. Abends 7 Uhr, Funktionärkonferenz, Graue Schule, Rigaer Straße.

Charlottenburg. Funktionärkonferenz, abends 7½ Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer 1. Geschäftsleitung ½ Stunde vorher.

Neukölln-Britz. Funktionärsitzung mit Gruppenführern, 7 Uhr in der Aula, Boddinstraße 34—41. Vortrag des Genossen Stein über „Genua und das Proletariat". Die Mitglieder der Geschäftsleitung pünktlich 6¾ Uhr, bei Stohmann, Münchener-, Ecke Reuterstraße.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7 Uhr, Distrikts-Konferenz im Arbeitsamt, Schreiberhauer Straße. — Mitgliedsbuch oder Karte, sowie „Freiheit"-Quittung sind beim Eintritt vorzuzeigen. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Weißensee. Abends 8 Uhr, wichtige Funktionärkonferenz bei Neumann, Charlottenburger Straße, Ecke Roelckestraße.

Copenick. Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Pflugbeil, Grünauer Str. 70. Erscheinen aller dringend notwendig.

Reinickendorf-Ost. Abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung im Seebad.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr, im Volkshaus, Sitzung sämtlicher Funktionäre.

Spandau. 7½ Uhr bei Scholz, Neuendorfer Straße 47, wichtige Funktionärkonferenz.

Dienstag, den 13. Juni.

6. Distrikt. 7 Uhr, Distriktskonferenz bei Krüger, Puttlitzstraße.

7. Distrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr, Gemeinsamer Zahlabend bei Carus, Rolfestraße 37. Die Bezirksführer müssen einladen.

9. Distrikt. Kommunale Kommission. Sitzung abends 7 Uhr, Schule Lütticher Straße 47—48, Oberklasse. Alle Stadt- und Bezirksverordnete werden gebeten, zu erscheinen sowie alle ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen.

12. Distrikt. Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission, abends 7½ Uhr, bei Hoffmann, Lychener Straße. Erscheinen unbedingt notwendig.

20. Distrikt. Abends 7 Uhr in der Aula der Gemeindeschule, Lausitzer Platz 9, Zusammenkunft aller gewählten Elternbeiräte. Der Wichtigkeit halber müssen alle Genossen erscheinen.

Schöneberg-Friedenau. Führung durch die Ausstellung „Geschlechtskrankheiten" in der Hasenheide 13—15 (Vergnügungspalast) von Genossin Dr. Erdmann. Sammelpunkt der Teilnehmer, Genossinnen und Genossen, vor dem Ausstellungsgebäude, abends um 7 Uhr. Wir bitten um rege Beteiligung.

Lichtenberg-Stadt. Abends 8 Uhr, Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Seybke, Kronprinzenstraße. Genossinnen, die an den Ferienspielen mithelfen wollen, werden gebeten, zu erscheinen.

Lichtenberg-Stadt. 6. Viertel. Abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Hoh, Möllendorffstraße 106.

Weißensee. Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Schulaula des Realgymnasiums, Mollepromenade. Thema: „Genua und das Weltproletariat." Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Levi.

Mittwoch, den 14. Juni.

19. Verwaltungsbezirk (Alt-Pankow). Die gemeinschaftlichen Zahlabende finden für die Abtlg. Süd im Zeichensaal der Schule Kaiser-Friedrich-Str. und für Abtlg. Nord in der Aula, Grunowstraße statt. Es ist von den Gruppenführern hierzu einzuladen.

16. Distrikt, 1., 2. und 3. Abteilung. Gemeinsamer Zahlabend in der 227. Gemeindeschule, Hohenlohestraße (Konferenzzimmer 1 Treppe). Vortrag: „Programm-Grundsätze und Taktik der USPD." Referent: Genosse Richard Krille. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht.

19. Distrikt (Kreuzberg). Zahlabend findet in folgenden Lokalen, abends 7 Uhr, statt: 1. Abtlg.: Lokal Teschner, Möckernstraße 92; 2. Abtlg.: Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Reichelt, Fidicinstraße 44; 3. Abtlg.: Gruppe 115 bis 120, Abner, Baerwaldstr. 12; Gruppe 121—122, Borbrecht, Bergmann-, Ecke Baerwaldstraße; Gruppe 123—124, 130—132, Gruppe Bieler, Dieffenbachstraße 76; Gruppe 131, Krüger, Grimmstraße 1; 4. Abtlg.: Gruppe Schulouis, Dieffenbachstraße 51.

19. Distrikt. (Kreuzberg.) 2. Abteilung. Gemeinschaftlicher Zahlabend 7 Uhr bei Reichelt, Fidicinstraße 44 (Restaurant „Zur Sportecke"). Vortrag des Genossen Dr. Kurt Loenheim: „Reichsmietengesetz". — Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Gäste können eingeführt werden. Bezirksführer müssen einladen.

5. Verwaltungsbezirk. 17. Distrikt. ½5 Uhr, Treffpunkt der Kindergruppe am Baltenplatz, Normaluhr.

Lichtenberg-Stadt. Viertes Viertel. Gemeinsamer Zahlabend, Turnhalle, Lückstraße, abends 7½ Uhr, Vortrag: „Aus dem Stadtparlament." Ref.: Genosse Thurm.

Lichtenberg-Stadt. Fünftes Viertel. (1[illegible].—19. Abteilung). Zahlabend bei Rohn, 7 Uhr, Hubertusstraße, Ecke Wagnerstraße. Vortrag des Gen. A. Richter.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr, gemeinsamer Zahlabend, anschließend Mitgliederversammlung im Volkshaus, Scharnweberstraße 114.

Vereinskalender

Montag, den 12. Juni.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. (2. Verwaltungsbezirk.) — Abends 7 Uhr, Vollversammlung aller im obigen Bezirk wohnenden Gemeinde- und Staatsarbeiter im Lokal Tiedemann, Waldemarstraße 17.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Norden 8. Mitgliederversammlung, abends 8 Uhr, im Batzenhofer, Chausseestraße 64.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6½ Uhr, Branchenversammlung der Zuschneider, Köpenicker Straße 127a. — Branchenversammlung der Maschinen-Arbeiter und Fertigmacherinnen, abends 4½ Uhr, Markusstraße 18. — Bezirksversammlungen der Maß- und Reparaturschuhmacher finden abends 7 Uhr in folgenden Lokalen statt: Charlottenburg: Ganthe, Schillerstraße 34. — Steglitz: Behnke, Heesestraße 1. — Westen: Wiemers, Bülowstraße 58. — Neukölln: Ahlburg, Zietenstraße 58. — Südost: Görlich, Adalbertstraße 84. — Ost-Lichtenberg: Hoffmann, Gubener Straße 5. — Norden: Lokal, Usedomstraße 12. — Moabit: Marz, Oldenburger Straße 10.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche Geschäftskutscher und Lagerarbeiter. (Gruppe Alt-Papier). Abends 7 Uhr, „Englischer Hof", Alexanderstraße 27c, Versammlung. Tagesordnung: Kündigen wir die Lohnsätze? — **Branche 12. Reichs- und Staatsbetriebe.** Abends 7 Uhr, in den Residenz-Festsälen, Landsberger Straße 31, Vollversammlung. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt zu diesen Versammlungen.

Deutscher Verkehrsbund. Abteilung Straßen- und Kleinbahner, Omnibusangestellte usw. Abends 6 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung von Kandidaten als Delegierte zum Verbandstag; Anträge zum Verbandstag. — Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Nachmittags ½5 Uhr, in Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, Delegiertensitzung der Kartonbranche. Tagesordnung: Berichterstattung von den Leipziger Verhandlungen. Das Erscheinen eines jeden Delegierten ist unbedingte Pflicht!

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung aller technischen Angestellten und Werkmeister in der Zigaretten-Industrie, nachmittags ½5 Uhr, im Restaurant „Neue Schleuse", am Mühlendamm.

Dienstag, den 13. Juni.

Deutscher Werkmeister-Verband Bln. 24., Holzindustrie. Abends 7 Uhr, Klubhaus, Ohmstraße 2, Mitgliederversammlung.

Internationaler Bund der K. O. Ortsgruppe Neukölln-West, Bezirk 13 bis 18. Versammlung bei Wöbes, Emser Straße 65. Sehr wichtige Tagesordnung. Abends 7 Uhr.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Bleier spricht abends 7½ Uhr in der Aula der Leibniz-Oberrealschule Charlottenburg, Schillerstraße 125 (nahe Knie) über: „Pestalozzi unser Führer und Vorbild." — Genossinnen und Genossen, Lehrer, Mütter, Elternbeiräte zeigt durch Massenbesuch, daß Ihr trotz der „Niederlage bei den Elternbeiratswahlen fest entschlossen seid, für eine freie Schule zu kämpfen.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 5 Uhr, Köpenicker Straße 127a Stepperinnen und Vorrichterinnen aus den Fabriken: der Zwicker und Zwickerinnen abends 5½ Uhr, Böcker, Wiebestraße 17.

Mieter-Schutzverband, Berlin, Treskowstraße 58. Generalversammlung in Büttners Festsäle, Schwedter Straße 24, abends 7½ Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeiner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Gewerkschaftliches

Die Unternehmer rüsten

Der Scharfmacher Dr. Klaue an der Arbeit

Zur Orientierung der Textilarbeiter über die Pläne der Textilindustriellen übergeben wir hiermit der Oeffentlichkeit nachstehendes Rundschreiben:

Rundschreiben Nr. 87. Berlin, den 3. Juni 1922.
Tagebuch Nr. 4020. Schellingstr. 6.

1. An die Herren Vorsitzenden der Mitgliedsverbände des TAV. (Textilarbeitgeberverbände), 2. An die Herren Mitglieder des Vorstandes des TAV., 3. An die Herren Geschäftsführer der Mitgliedsverbände des TAV. (Textilarbeitgeber-Verbände).

Betrifft Arbeitszeitfrage.

Durch unser Rundschreiben Nr. 79/M vom 19. 5. und 65/M vom 31. 5 haben wir sie über die weitere Entwicklung der Arbeitszeitangelegenheit in der Textilindustrie unterrichtet. Die Lage ist danach zurzeit die, daß sich bis Mitte Juni entscheiden wird, ob eine friedliche Einigung über die Neuregelung der Arbeitszeitfrage in der Reichsarbeitsgemeinschaft für die deutsche Textilindustrie zustande kommt. Scheitern die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft und gelingt es auch nicht bei den dann vor dem Reichsarbeitsministerium stattfindenden Schiedsgerichtsverhandlungen eine Einigung zu erzielen, so sind eine größere Anzahl der uns angeschlossenen Verbände fest entschlossen, die 48-Stunden-Woche durch Kampf durchzusetzen. Der Kampf wird sodann auf breiter Grundlage unter einheitlicher Führung zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen aufgenommen werden.

Bei den Verhandlungen innerhalb des TAV., die seinerzeit zur Kündigung des zentralen 46-Wochenstunden-Abkommens führten, und bei den wiederholten späteren Beratungen über die Arbeitszeitfrage in unseren Organen, haben sich die Vertreter sämtlicher Mitgliedsverbände einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Verlängerung der Arbeitszeit auf die gesetzlich vorgesehenen 48 Wochenstunden, eine wirtschaftliche Notwendigkeit (? Red.) für die deutsche Textilindustrie ist. Die Arbeitszeitfrage ist somit eine Angelegenheit der gesamten deutschen Textilindustrie. Gelingt es, den Kampf in den Bezirken, die sich jetzt zu diesem Zwecke zusammenschließen werden, erfolgreich durchzuführen, wofür begründete Aussicht besteht, so ist damit die Arbeitszeitfrage für die ganze Textilindustrie in günstigem Sinne gelöst, da es dann nur eine Frage der Zeit sein kann, daß auch diejenigen Bezirke zu einer günstigen Neuregelung kommen, die jetzt am Kampfe nicht aktiv beteiligt sind. Es liegt auf der Hand, daß die Durchführung des Kampfes für die Mitgliedsfirmen derjenigen Verbände, die entschlossen sind, den Kampf jetzt, im Falle der Unmöglichkeit einer friedlichen Verständigung, aktiv aufzunehmen, eine schwere finanzielle Belastung mit sich bringt. **Es ist eine Ehrenpflicht der gesamten deutschen textilindustriellen Unternehmerschaft, die in den Kampf eintretenden Firmen nicht allein moralisch, sondern auch in weitestgehender Weise finanziell zu unterstützen.** Unser Vorstand hat beschlossen, einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung die Einrichtung eines Kampffonds zur Durchführung der 48-Stunden-Woche vorzuschlagen, aus welchem die in den Kampf eintretenden Verbände fortlaufend unterstützt werden sollen. Es wird der Mitgliederversammlung vorgeschlagen werden, zur Dotierung des Kampffonds sofort eine einmalige Sonderumlage von 1 % der der Berufsgenossenschaft im Jahre 1921 gemeldeten Lohnsumme von allen Mitgliedsverbänden zu erheben. Zur Verwaltung dieses Kampffonds soll eine besondere von der Mitgliederversammlung zu wählende Kommission eingesetzt werden. Die Mitgliederversammlung, in welcher über den Antrag des Vorstandes Beschluß gefaßt werden soll, findet am 14. Juni, nachmittags statt.

Im Auftrage unseres Vorstandes bitten wir Sie, die Angelegenheit so beschleunigt bei Ihren Verbänden zur Beratung zu stellen, daß am 14. Juni in der Mitgliederversammlung unseres Verbandes eine endgültige Beschlußfassung erfolgen kann. Der Vorstand erwartet, daß die Mitgliedsverbände geschlossen für die Umlage stimmen werden, damit auch von seiten derjenigen Verbände, die zunächst nicht aktiv an dem Kampf teilnehmen, zu ihrem Teil zur erfolgreichen Durchführung der Aktion beigetragen wird.

Zum Vergleich seien hier noch die Vermögensbestände der beiden Textilarbeitergewerkschaften aufgeführt. Diese betrugen beim Deutschen Textilarbeiter-Verband: bei der Zentrale und den Gau- und Ortsverwaltungen Ende 1920 rund 18 Millionen Mark. Zentralverband christlicher Textilarbeiter: bei der Zentrale und den Gau- und Ortsverwaltungen August 1921 rund 5 Millionen Mark.

Nimmt man für den gegenwärtigen Bestand eine Verdoppelung des Vermögens an, so ergibt sich für beide Verbände insgesamt ein Vermögensbestand von rund 46 Millionen Mark.

Bei einer Beteiligung von rund 200 000 Arbeitern an dem Kampf und einer wöchentlichen Streikunterstützung von durchschnittlich 200 Mark, würde der Kampf den Gewerkschaften an Streikunterstützungen pro Woche 40 Mill. Mark kosten. Es liegt auf der Hand, daß die Gewerkschaften den Kampf unter diesen Umständen auch bei weitestgehender Unterstützung der streikenden Arbeitnehmer durch Aufbringung von Sonderbeiträgen durch die übrigen Textilarbeiter und Ueberweisung von Streikunterstützungen seitens der Arbeitnehmer anderer Industrien nur für kurze Zeit finanzieren können.

Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie.
Der Geschäftsführer: gez. Dr. Klaue.

Kommentar hierzu überflüssig, das Rundschreiben ist echt Klauesche Arbeit.

Zum Schiedsspruch in der Metallindustrie

Zu dem von uns gestern veröffentlichten Schiedsspruch tragen wir heute die Beiträge für die Tarifsätze nach.

Es werden folgende Beträge für die Tarifsätze vereinbart:

Männliche Arbeiter über 21 Jahre in Klasse 1 einen Stundenlohn von 19,35 bis 20,85 M., Akkordbasis 20,35 M.; Kl. 2 19,— bis 20,20 M., Akkordbasis 19,70 M.; Kl. 3 18,65 bis 19,55 M., A. 19,05 M.; Kl. 4 18,40 bis 19,— M., A. 18,50 M. und Kl. 5 18,15 bis 18,60 M., A. 18,10 M.

Arbeiter von 18 bis 21 Jahren erhalten in Klasse 1 einen Stundenlohn von 17,95 bis 19,45 M., Akkordbasis 20,35 M.; Kl. 2 17,60 bis 18,80 M., A. 19,70 M.; Kl. 3 17,20 bis 18,10 M., A. 19,05 M.; Kl. 4 16,95 bis 17,55 M., A. 18,50 M. und Kl. 5 16,75 bis 17,20 M., A. 18,10 M.

Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren bekommen im Alter von 14 bis 15 Jahren 9,50 M. Stundenlohn. 15 bis 16 Jahren 10,05 M., 16 bis 17 Jahren 11,— M. und vom 17. bis 18. Jahre 12,10 M. Einheitslohn 10 Pfennig weniger.

Weibliche Arbeiter: Stundenlohn für Arbeiterinnen über 21 Jahre 12,70 bis 13,15 M., Akkordbasis 12,95 M.; Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahren 12,40 bis 12,85 M., Akkordbasis 12,95 M.

In der Glühlampen-Industrie beschäftigte Arbeiterinnen in der Gruppe 1 Arbeiterinnen über 21 Jahre 12,70 bis 13,15 M., Akkordbasis 13,15 M.; Gruppe 2 12,70 bis 13,15 M., Akkordbasis 12,95 M.; Gruppe 3 Arbeiterinnen in der Glühlampen-Industrie von 18 bis 21 Jahren 12,40 bis 12,85 M., Akkordbasis 13,15 M.; Klasse 2 12,40 bis 12,85 M., Akkordbasis 12,95 M.

Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren Gruppe 5 im Alter von 14 bis 15 Jahren 9,15 M. Stundenlohn, 15 bis 16 Jahren 9,60 M., 16 bis 17 Jahren 10,25 M. und von 17 bis 18 Jahren 10,80 M. Der Einstellungslohn beträgt 10 Pfennig weniger.

Bank-Tarif-Revision im Arbeitsministerium

Wie uns vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten mitgeteilt wird, begannen gestern die Verhandlungen über den finanziellen Teil des Reichstarifs. Das unparteiische Kollegium setzt sich aus dem Vorsitzenden Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Wulff, Münzdirektor Pickert und Landrichter Sundfeld zusammen. Der gelbe GDA. verlangte wiederum, daß er an den Verhandlungen als gleichberechtigt teilnehmen dürfe. Das Schiedsgericht beschloß die Ausschließung des GDA. Die Forderungen der Arbeitnehmervertreter bewegen sich in ungefähr gleicher Höhe. Der AV. forderte vor allem eine Wirtschaftsbeihilfe von 4000 Mark für alle Gruppen. Der Vertreter der Bankleitungen begann seine Ausführungen mit der Erklärung, daß er mit leeren Händen komme. Die kleinen Aktien-Banken seien am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die steigernde Teuerung betrage für Mai 6—8 Prozent und er verstehe die exorbitanten Forderungen der Angestelltenvertreter nicht. Man darf erwarten, daß der Schiedsspruch im Laufe des Sonntags bekanntgegeben wird.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter Berlins!

Trotz der anfänglichen Weigerung der Unternehmer, die neuen Lohnforderungen zu berücksichtigen, gelang es, eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zu treffen: Ab 15. Juni 1922 werden Wochenlöhne gezahlt für Gelernte 1250 M., für das Fahrpersonal 1240 M., für Ungelernte 1230 Mark. Vom 16. bis 31. Juli 1922 erhöhen sich diese Löhne um 100 M. auf 1350 M. für Gelernte, 1340 M. für das Fahrpersonal und 1330 M. für Ungelernte. — Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. Juli 1922 und kann erstmalig zu diesem Termin mit 14tägiger Frist aufgekündigt werden. Die Provision für das Fahrpersonal wurde ebenfalls erhöht. Die Regelung der Bezüge aus § 616 BGB., die Festsetzung der Löhne für Frauen und Jugendliche und die Erhöhung der sonstigen Bezüge erfolgt durch die Redaktionskommission am 10. Juni d. J. Eine zum 8. Juni d. J. einberufene Funktionärversammlung, in der Hodapp über das Ergebnis der Verhandlungen berichtete, nahm das Angebot der Arbeitgeber nahezu einstimmig an.

Die Junilöhne im Berliner Töpfergewerbe. Bei der erneuten Verhandlung am 8. Juni wurde mit den Unternehmern folgendes vereinbart: Ab 1. Juni 1922 rückwirkend bei Lohnarbeit pro Stunde 33 M. Bei Akkordarbeiten 3100 Prozent auf den bestehenden Lohntarif von 1914. Die Verhandlungen betreffs des Provinzialtarifs haben am 9. Juni stattgefunden, die Bekanntmachung über das Ergebnis findet nach Beendigung der Verhandlungen sofort statt.

USPD.-Gastwirtsgehilfen. Mittwoch, 14. Juni, vormittags 10 Uhr, im Clubhaus, Ziegelstr. 2 I, Versammlung sämtlicher USPD.-Hotel- und Restaurantangestellten. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Organisationsfragen. Erscheinen aller ist strengste Pflicht. Parteiausweis legitimiert.

Zentralverband der Angestellten. Die für Dienstag, den 13. Juni bereits angekündigte Funktionär-Versammlung der Fachgruppe Metall fällt aus. Neuer Termin wird nach Abschluß der Juni-Tarifverhandlungen bekanntgegeben.

Metallarbeiter. Zur Urabstimmung des Schiedsspruches. Wegen technischen Schwierigkeiten ist die Herausgabe der Stimmzettel durch das Verbandsbüro unmöglich. Die Betriebsräte haben aus dem Grunde in den Betrieben selbst die Stimmzettel herzustellen und mit dem Betriebsratsstempel zu versehen.

Knorr-Bremse. Alle freigewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen haben Dienstag, den 13. d. Mts. ihre Verbandsbücher zur Urabstimmung über den Schiedsspruch im Metallgewerbe mitzubringen.

Kollegen der Firma Riemann & Co., Warschauer Str. 70. Die Urabstimmung über den Schiedsspruch findet am Dienstag, den 13. d. Mts., mittags 12 Uhr, im Betriebe statt.

Glaser. Vom 12. Juni ab wird auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 4 Mark pro Stunde gezahlt, so daß der Mindestlohn ab 12. Juni 30 Mark pro Stunde beträgt.

Die Ortsverwaltung.

hervorragend bewährt bei:
Jogal
Gicht, Rheuma, Ischias,
Grippe, Hexenschuß, Nervenschmerzen.
Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. „In allen Apoth. erh.“ Best. 64,3% Acid. acet. salic. 0400% Chinin. 17,6% Lithium, ad 100 Amylum „Ausführliche Broschüre gratis und franko. Fabrik Pharmacia, München 2

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co., Berlin.

(26. Fortsetzung.)

Er war ein stiller Humorist, der durch kleine Scherze dazu beizutragen suchte, die böse Langeweile aus den Räumen der Werkstatt zu bannen. Das dunkle, knochige Gesicht über den Bettrand vorstreckend, rief er mit pfeifender Stimme in die Werkstatt hinunter:

„Hört, ihr Leute, die Stimme des Rufenden aus der Höhe!“ Und dann sagte er irgendeinen trübseligen Unsinn her:

„Unter der Decke schweb' ich,
Nicht sehr lustig leb' ich,
Bei Tage und bei Nacht
Halten die Schwaben bei mir wacht ...“

„Hoho, der verzagt nicht!“ riefen die Zuhörer entzückt.

Zuweilen kroch ich mit Pawel zu ihm hinauf. Er scherzte gezwungen:

„Womit kann ich euch bewirten, meine teuren Gäste? Vielleicht eine frische Spinne gefällig?“

Er starb langsam, was ihn recht sehr verdroß.

„Ich kann und kann nicht sterben,“ sagte er mit aufrichtigem Unwillen — „'s ist zum Verzweifeln!“

Die Furchtlosigkeit, mit der er in den Tod ging, ängstigte Pawel, und er weckte mich häufig in der Nacht und flüsterte:

„Ich glaube, er ist tot, Maximytsch ... Wenn er nun mitten in der Nacht stirbt — wir liegen gerade unter ihm, o Gott .... Ich fürchte mich vor Toten ...“

Oder er sagte:

„Noch nicht zwanzig Jahre ist er alt, und muß schon sterben — wozu hat er nun gelebt?“

Einmal, in mondheller Nacht, weckte er mich und sprach erschrocken mit weit aufgerissenen Augen:

„Da — horch'!“

Von Dawidows Hängebett vernahm man ein Röcheln.

„Gi—ib mir doch ... gib mir ...,“ rief der Kranke deutlich, mit großer Hast, und begann zu schluchzen.

„Er stirbt bei Gott — wirst sehen!“ rief Pawel erregt.

Ich hatte den ganzen Tag Schnee vom Hofe aufs Feld gefahren, war sehr müde und wollte schlafen. Aber Pawel bat mich:

„Schlaf' nicht, ich bitte dich um um Christi willen — schlaf' nicht!“

Und plötzlich sprang er auf die Knie und schrie entsetzt:

„Steht auf, Dawidow ist gestorben!“

Der eine und andere erwachte, ein paar Gestalten erhoben sich vom Lager, und ärgerliche Fragen wurden laut. Kapendjuchin kletterte auf das Hängebett und rief erstaunt:

„Ja, wirklich — er ist tot! Das heißt ... er fühlt sich noch warm an ...“

Es wurde still. Shicharew bekreuzte sich, wickelte sich fester in seine Decke und sagte:

„Nun, Gott geb' ihm die ewige Seligkeit!“

Irgend jemand schlug vor: man sollte ihn in den Flur tragen ...

Kapendjuchin kletterte vom Bett hinunter und sah zum Fenster hinaus.

„Laßt ihn bis zum Morgen liegen, er hat uns auch im Leben nicht behindert ...“

Pawel steckte den Kopf unter die Decke und weinte bitterlich.

Und Ssitanow — war gar nicht erwacht.

16.

Auf den Feldern taute die Schneedecke und oben am Himmel zerschmolzen die Winterwolken, um in nassen Flocken und Regentropfen zur Erde niederzugehen. Immer mehr Zeit ließ sich die Sonne, um ihre Tageswanderung zurückzulegen, immer wärmer wurde die Luft, und der Frühling mit seiner Lust und Fröhlichkeit schien schon da zu sein und sich nur neckisch irgendwo auf den Fluren vor der Stadt zu verstecken, um bald lachend angerannt zu kommen. Auf den Straßen liegt graubrauner Schmutz, neben dem Bürgersteig rinnen kleine Bäche hin, auf dem Arrestantenplatze hüpfen, dort, wo der Schnee schon weggetaut ist, munter die Spatzen umher. Auch an den Menschen ist eine spatzenhafte Lebendigkeit zu bemerken. Ueber dem Frühlingstreiben tönt fast ununterbrochen vom Morgen bis zum Abend das Fastengeläut und rührt mit sanften Stößen an den Menschenherzen. Es klingt aus diesem Geläut wie geheime Kränkung, als ob ein schmälender Greis spräche:

„Weiß scho—on, alles dagewesen, weiß scho—on ...“

Am Tage des Heiligen Alexej, meinem Namenstage*, verehrte mir die Werkstatt ein schön gemaltes Bild dieses Heiligen, und Shicharew hielt mir eine lange, salbungsvolle Rede.

„Wer bist du?“ sagte er, die Brauen emporziehend und mit den Fingern spielend. „Nur ein Knabe, eine Waise, dreizehn Jahre alt, aber obschon ich fast viermal so alt bin wie du, muß ich dich doch darum loben, daß du allen Dingen von vorn entgegentrittst und ihnen nicht ausweichst. Halt's immer so, mein Sohn, das wird gut sein!“

Er sprach von Knechten und Menschen Gottes, ich begriff jedoch nicht recht, welcher Unterschied zwischen den einen und andern bestehen sollte und ich glaube, auch ihm ist dieser Unterschied nicht ganz klar geworden. Er sprach ziemlich langweilig, und die Gesellen lachten wieder einmal über ihn, ich aber stand mit dem Bilde in der Hand da, war sehr gerührt und verlegen und wußte nicht, was ich tun sollte.

„So hör' doch endlich auf, ihn zu loben!“ rief Kapendjuchin ärgerlich dem Redner zu — „er hat schon ganz blaue Ohren davon bekommen!“

Dann aber erteilte auch er mir ein Lob und sagte, mich auf die Schulter klopfend:

„Das eine gefällt mir an dir, daß du gegen alle offen bist. Man fühlt sich gar nicht versucht, dich zu schlagen oder zu schelten, selbst wenn mal ein Grund dazu vorliegt.“

Alle sahen mich mit freundlichen Blicken an und lachten gutmütig über meine Verwirrung — es fehlte nicht viel, so hätte ich vor lauter Freude darüber, daß ich diesen Leuten etwas galt und ihre Wertschätzung besaß, zu heulen begonnen.

Der Zufall wollte es, daß gerade an diesem Morgen der Kommis im Laden sich gegen Peter Wassiljewitsch recht wegwerfend über mich geäußert hatte:

„Ein unangenehmer Bursche, zu gar nichts zu gebrauchen!“

(Fortsetzung folgt.)

Reise- und Sportkleidung!

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

Reise-Ulster und Schlüpfer aus Homespun, Fischgrät u. Cheviotstoff, in mod. Ausführ. von M. 3500 bis **900⁰⁰**

Sport-Paletots aus Covercoat und Cheviot ..... von M. 3000 bis **650⁰⁰**

Reiseanzüge aus guten strapazierfähig. Stoffen in den neuesten Mustern und Farbenstellungen ..... von M. 1900 bis **1200⁰⁰**

Promenadenanzüge nach den neuesten Modellen verarbeitet, tadelloser Sitz ..... von M. 4000 bis **2000⁰⁰**

Cutaways und Westen aus besten marengo und schwarzen Stoffen ..... von M. 2700 bis **1900⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus Manchester ..... von M. 2100 bis **1500⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus farbigem Loden oder anderen schön gemusterten Stoffen ..... von M. 1900 bis **950⁰⁰**

Sport-Anzüge aus prima Stoffen, erstklassige Verarbeitung, mit Breeches oder langer Hose ..... von M. 3300 bis **2000⁰⁰**

Bozener Mäntel aus gut. Strichloden mit Sattel oder glatt. von M. 1200 bis **850⁰⁰**

Wetter-Mäntel aus Ia Strichloden in Schlüpfer- od. Raglanform v. M. 1500 bis **1100⁰⁰**

Doppelmäntel v. beid. Seiten zu trag., als Ulster od. Regenmantel v. M. 3300 bis **2200⁰⁰**

Loden-Pelerinen aus festem Strichloden ..... von M. 1100 bis **900⁰⁰**

Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ..... von M. 1200 bis **1000⁰⁰**

Hosen verschiedenster Art, aus Cheviot od. Kammgarn, in vielen schönen Streifenmustern ..... von M. 900 bis **200⁰⁰**

Sporthosen aus Manchester, Homespun u. ähnl. Stoffen, Breechesform v. M. 700 bis **450⁰⁰**

Tennishosen in Baumwolle von M. 500 bis **300⁰⁰** in Wolle v. M. 800 bis **600⁰⁰**

Knaben-Stoffanzüge in mannigfaltigen Mustern und Ausführungen ..... Größe 1 von M. 800 bis **250⁰⁰**

Knaben-Waschanzüge aus Satin, Regatt, Perkal usw. in jeder Form ..... Größe 1 von M. 450 bis **190⁰⁰**

Burschen-Stoffanzüge in Jackett- und Sportform, auch mit Breecheshose, in den schönsten Mustern ..... Größe 7 von M. 1300 bis **320⁰⁰**

Burschen-Waschanzüge aus festen Drell- oder Zwirnstoffen ..... von M. 500 bis **240⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in Jackettform, aus guten Wollstoffen, modern verarbeitet ..... Größe 12 von M. 2000 bis **900⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in Sportform m. Breecheshose aus Homespun und Fischgrätstoffen ..... Größe 12 von M. 2100 bis **1000⁰⁰**

***Strohhüte u. Filzhüte, Trikotagen, Rucksäcke, Badeanzüge, Sportgürtel, Stöcke** in großer Auswahl, sehr preiswert!*

Anfertigungen nach Maß unter Leitung erprobter Meister

BAER SOHN

Livreen für Behörden, Banken u. industrielle Unternehmungen

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Branchekundige
Verkäuferin
für die Abteilung
Nähmaschinen
sofort gesucht
Meldungen
v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.
Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn! Glühstrumpfasche kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Webersir. 21

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 185 (Lützow 9289)

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamerstr. 123 B / 2. Friedrichstr. 81 / 3. Königstr. 56-57 am Alexpl. / Sprechst. 9-12, 4-7. Sonnt. 10-12 nur Potsdamerstr. 123 B. Behandl. ausserh. der Sprechz. nach tel. Anruf Nollendorf 104 Lützow 1/3, Zentrum 8724.

Heilanstalt
für inn. u. äuss. Krankheiten, Nervosität, Mag.- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Aufgeblähl, Kopf- u. Rückenschmerz., Herz-, Nier.-, Leb.- u. Gallenld., Haut-, Harn- und Frauenleiden, Syph. schnelle, schmerzlose Behandlung.
Untersuch. u. Berat. kostenl.
G. Andres, Invalidenstr. 147, I. Et.
Sprechst. 9-1 u. 3-8.

Spezial-Arzt Dr. Jeroll für Haut- u. Geschlechts-, spez. vor alteste Hautleiden. Syphilis-Kurzg. Blutuntersuchungen. Aelteste Heil-Anstalt „Löser".
Dir.: Löser senior 9-1, 4-8 Sonst. 9-1
Rosenthaler Str. 69-70 n. Platz. Damenzimmer separat

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Sexualleiden, Blutuntersuch., Dr. med. Lommer Mannesschw., Dam. separ. Ambulatorium, 10-1, 4-7½, Sonnt. 10-12
Brunnenstr. 185, zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße

---

Zeitungs-Austrägerinnen
bei hohem Lohn für sofort gesucht.
Freiheit-Ausgabestelle Lübecker Straße 13.

Geldschrankblechterer
welcher perfekt im Absetzen ist, sucht
Panzer Aktiengesellschaft, Berlin N 20, Badstr. 59.

Homöopath
Inst. (1905). Erfolgreiche, gütige, fur ohne Einspritzung Kriss, Georgenkirchplatz 21, a. Alexpl. 1—1, 4—8. Dienst. u. St. Sehenschläch. 10 Oberspreir. 41. Ausk. u. Broschü. 1 M. Pl. Tel. Lützg. 1426 Freit. k. Spr.

---

13. Distrikt
Bezirk 577

Am 7. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Maler
Karl Willöper
Ehre seinem Andenken.

Die Einäscherung findet am Montag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, i. Krematorium Gerichtstraße statt.

Um rege Beteiligung wird gebeten.

Engros-Lager Kein Laden — Gegründet 1894. — Export-Lager Eine Treppe

Damen sparen Geld
Jetzt besonders Engros-Preise
Einzelverkauf für die Reise

Homespun	Beneger Schlüpfer 875	650	Kappe 375	**Tuch**	Gabardine Mäntel 1500	850 1350	660 1050	550
Covertcoat	Paletots 475 950	1050 875	750 590	350	**Kostüme**	2250 2500	1350 1850	650 1150	350

Spezialität: Extra Seiden Mäntel 675 890 475 Alpaka 1050 875 750 **390**
Wolten für grosse, Längen starke **Damen Strickjacken** 950 775 450 1150 875 530 **450**
Winter-Ulster, Astrachan-Krimmer Seal-Plüsch-Mäntel **25-50% herabgesetzt.**
M. Mosczytz, Landsberger Str. 59 am Alexanderplatz, 1 Treppe, Berlin C.
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Silberschmiede! Achtung!
Versammlung
Montag, den 12. Juni 1922, nachmittags 4 Uhr, alle in den
Silberwaren Fabriken
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdner Garten", Berlin, Dresdner Straße 45.
Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission mit den Arbeitgebern.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Da der Saal um 5½ Uhr geräumt werden muß, werden die Kolleginnen und Kollegen ersucht, pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Achtung! Chirurgische Branche. Achtung!
Dienstag, den 13. Juni 1922, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
aller in der Chirurgischen Branche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in den „Sophiensälen", Sophienstraße 17—18.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur letzten Tarifverhandlung
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Achtung! Achtung!
Uhrmacher Groß-Berlins
am Mittwoch, den 14. Juni 1922, abends 8 Uhr im „Klubhaus", Oranienstraße (Großer Saal)
Vollversammlung
Sämtliche Laden- und Fabrikuhrmacher müssen erscheinen.
Tagesordnung:
Lohnfragen.
Erscheinen aller Kollegen notwendig!
Die Ortsverwaltung.

Badeartikel

Frottierhandtücher Gute Qualität **59⁵⁰**

Frottierhandtücher Jacquardmuster **65⁰⁰**

Badehauben vorzüglicher Naturgummi, in allen Farben **75⁰⁰**

Badetrikots gute Qualität, für Damen und Herren, alle Grössen, bis 100 cm lang.. **85⁰⁰**

Badelaken für Kinder, guter Kräuselstoff **235⁰⁰**

Badelaken für Erwachsene, prima Qualität..... **335⁰⁰**

Bademäntel für Damen, Herren und Kinder in feschen Formen

Morgenröcke

Morgenröcke aus Baumwollstoff, fein bedruckt, grossen Kragen und Aermelaufschläge **195⁰⁰**

Morgenröcke aus Vollvolle, eleg. verarbeitet, Plisseegarnitur **395⁰⁰**

Morgenröcke aus feinem Batist, fesche Fledermaus-Form..... **450⁰⁰**

Morgenröcke aus fein bedruckt Krepp, elegante weite Form **525⁰⁰**

HERMANN
Tietz

Leipziger Strasse — Alexanderplatz — Frankfurter Allee

Damen-Wäsche

Trägerhemden aus Batist, mit Spitzen und Stickerei garniert **165⁰⁰**

Trägerhemden aus Batist, handgestickt, in verschiedenen Mustern **175⁰⁰**

Garnitur aus gutem Stoff, mit Spitzen garniert **395⁰⁰**

Garnitur aus prima Stoff, Trägerhemd und Beinkleid, geschlossene Form, sehr reich ausgestattet..... **475⁰⁰**

Nachthemd aus gutem Stoff, mit Spitzen garniert..... **395⁰⁰**

Prinzessröcke gutsitzende Form, reich ausgestattet **295⁰⁰**

Hemdhosen mit schmalen Trägern, reich mit Spitzen garniert **275⁰⁰**

Untertaillen in verschiedenen Ausführungen.. **65⁰⁰ 75⁰⁰ 95⁰⁰**

Strümpfe

Socken Baumwolle, gewebt..... **29⁷⁵**

Strümpfe f. Damen, Baumwolle, gewebt **39⁵⁰**

Strümpfe f. Damen, Flor, ganz feines Gewebe, schwarz u. farbig **98⁰⁰**

Trikotagen

Schlupfhosen für Damen, Baumwolle, farbig **65⁰⁰**

Jumper Kunstseide, moderne Fasson..... **525⁰⁰**

Strickjacken für Damen, reine Wolle, von **590⁰⁰** an

Damen-Konfektion

Waschkleider weiss, aparte Fasson..... von **490⁰⁰** an

Waschkleider farbig, flott verarbeitet..... von **390⁰⁰** an

Reisemäntel Covercoat..... von **490⁰⁰** an

Reisekostüme Jacke, mit Halbseide gefüttert .. von **985⁰⁰** an

Strassenröcke für die Reise ..... von **145⁰⁰** an

Dirndlkleider reizende Macharten ..... von **195⁰⁰** an

Damen-Capes in hell- u. dunkelfarbig. für Tag u. Abend, in reicher Auswahl

Korsette

Korsette aus weiss u. farbigem Drell, moderne Form, breite Mechanik, 1 Paar Halter..... **65⁰⁰**

Korsette a. hell. Drell, m. Spitzengarnier., 1 Paar Halter **79⁵⁰**

Hüfthalter aus weissem Drell, m. breit. Mechanik **95⁰⁰**

Korsette Zwickelform, vorzüglicher Sitz, mit Stickereigarnierung, 1 Paar Halter **135⁰⁰**

Büstenhalter vorzüglicher Sitz, gute Stoffe.. **39⁵⁰ 49⁵⁰**